

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin

Ausgabe Oktober 2004

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Afrika

Jürgen Wagner

Sudan – Die geopolitische Dimension 3

Europa

Tobias Pflüger

ALTHEA - Die EU-Militärmission in Bosnien 8

Christoph Marischka

Lager in Libyen und das Gewissen Europas 9

Johannes Plotzki

Europas Zielgerade im Hinterhof der USA 11

Andreas Wehr

Wer regiert Europa? 14

Iran

Jürgen Wagner

US-Waffenhilfe für israelische Präventivschläge? 19

Deutschland und die Bundeswehr

Arno Neuber

Der „Deutsche Weg“ und die Kriegswaffenindustrie 21

Tobias Pflüger und Harald Neuber

Fit für Kriege der Neuzeit 24

Editorial:

Obwohl der Irak immer weiter ins Chaos versinkt, scheint sich die Erkenntnis, dass durch militärische Gewalt keine „Befriedung“ lokaler Konflikte zu erreichen ist, nicht durchzusetzen. Dies ist selten so deutlich geworden, wie angesichts der russischen Antwort auf das schreckliche Geiseldrama in Beslan. Ebenso wie sein amerikanischer Amtskollege George W. Bush reagierte auch der russische Präsident Wladimir Putin auf die Herausforderung des Terrorismus nahezu reflexhaft mit einer verschärften Militarisierung seiner Politik. Beide scheinen unfähig oder unwillig zu sein, die in Gang gesetzte Eskalationsspirale zu durchbrechen. So sind leider immer wieder beide Seiten – Terroristen wie Regierungen – für diese Gewaltspirale verantwortlich.

Auch die Europäische Union ist weiter auf Kriegskurs. Mit Volldampf bereitet man sich derzeit auf ein militärisches Ein-

greifen im Sudan vor, womit das nächste Etappenziel auf dem Weg zur Weltmacht EU fast erreicht ist. Der Widerstand gegen diese Entwicklung konzentriert sich auch weiterhin gegen die Europäischen Verfassung. Zu diesem Zweck hat IMI eine Erklärung gegen die EU-Verfassung verfasst, die Anfang September vom 3. Friedenspolitischen Ratschlags in Hannover als Abschlusserklärung verabschiedet wurde. Wir haben die Erklärung dieser Ausgabe des AUSDRUCK beigelegt und hoffen auf zahlreiche UnterzeichnerInnen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf den diesjährigen IMI-Kongress zur Militarisierung der Europäischen Union hinweisen, der am 13/14. November 2004 in Tübingen stattfindet. Wir möchten dort nicht nur interessante Hintergründe über diese Militarisierung liefern, unser Ziel ist es auch, ein Forum zu bieten, Möglichkeiten und Perspektiven

der Kampagne gegen die EU-Verfassung diskutieren und präzisieren zu können. Auch das Programm des IMI-Kongresses, zu dem wir hiermit alle InteressentInnen herzlich einladen möchten, haben wir beigefügt.

Abschließend möchten wir an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass der AUSDRUCK, nachdem er bisher exklusiv für unsere Mitglieder erschien, ab dieser Ausgabe auch im Abo erhältlich ist. Um möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, den AUSDRUCK zu beziehen, haben wir den Preis so kalkuliert, dass er lediglich die reinen Materialkosten deckt. Wir hoffen so zahlreiche neue InteressentInnen anzusprechen, möchten aber gleichzeitig betonen, dass wir auch weiterhin dringend auf Mitglieder und Förderer zur Finanzierung unserer Arbeit angewiesen sind.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner (verantwortlich), Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo ab 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Andreas Wehr, Wer regiert Europa?, in: Z – Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, 15. Jhrg., Heft 58, Juni 2004.

Δ Tobias Pflüger, und Harald Neuber, Fit für Kriege der Neuzeit, in: junge Welt vom 14.08.2004.

Bildnachweise: S. 4, 16 Montage as; S. 6, 8, 12, 19 Internet; S. 10 Karikatur Tomé;

S. 13, 14 Medienbibliothek der Europäischen Kommission; S. 22 Bundesministerium f. Verteidigung.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Christoph Marischka und Arno Neuber sind IMI-Beiräte.

Johannes Plotzki ist Praktikant der Informationsstelle.

Harald Neuber ist Lateinamerikanist und freier Journalist.

Andreas Wehr ist Jurist und Mitarbeiter der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament.“

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle: Informationsstelle Militarisierung e.V. Hechingerstr. 203 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Sudan: Die geopolitische Dimension

Die ökonomischen strategischen Interessen Berlins und Washingtons zielen auf die Teilung des Landes

von Jürgen Wagner

Der Sudan als Spielfeld der Mächte

Seitdem der Sudan 1956 die Unabhängigkeit erlangte befand sich das Land nahezu permanent im Ausnahmezustand. Schon die Jahre 1963-1972 waren von blutigen Auseinandersetzungen geprägt, denen nach einer nur kurzen Zwischenphase von 1982 bis heute ein zweiter Bürgerkrieg folgte. Im Wesentlichen stehen sich dabei zwei Parteien gegenüber: Einmal die Regierung in Khartum, geführt von dem 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gelangten Omar Hassan al Bashir, die die arabischen Muslime im Norden vertritt und zum anderen die von John Garang befehlerte Sudanesischen Befreiungsarmee (SPLA) die ihre Machtbasis im überwiegend christlichen Süden hat.

Trotz der Tatsache, dass in Folge der Auseinandersetzungen etwa zwei Millionen Sudanesen umkamen und wohl doppelt so viele vertrieben wurden, zeigte der Westen lange Zeit wenig bis kein Interesse sich für eine Beilegung des Konfliktes einzusetzen, im Gegenteil. Von 1968-1977 noch von der Sowjetunion unterstützt, suchte die sudanesische Regierung in der Folge die Nähe zu Washington, das diesen Schritt mit Militärhilfe in Höhe von mehreren Hundert Millionen US-Dollar bis zum Ende der 80er Jahre belohnte. Im Gegenzug unterstützte die Sowjetunion fortan die SPLA. Derart hochgerüstet kam der Bürgerkrieg auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht zum Erliegen, was im Westen allerdings niemanden mehr kümmerte: „Da... Afrika nach dem Zusammenbruch des Ostblocks an strategischem Wert verlor, nahm die internationale Politik kaum Anteil an dem zerstörerischen Bürgerkrieg, der weite Teile des Landes ruinierte und entvölkerte.“¹

Nachdem im Sudan bedeutende Ölvorkommen gefunden wurden, hat sich dies aber geändert. Vor allem Deutschland und die Vereinigten Staaten haben ein großes Interesse an der Beendigung des Bürgerkrieges, das mit erheblichem Druck

auf die beiden Konfliktparteien bis hin zu militärischen Drohungen gegenüber Khartum untermauert wird. Anfang des Jahres hatten diese Bemühungen scheinbar Erfolg: „Nach einundzwanzig Jahren Krieg zwischen Nord und Süd ist seit Mai 2004 vereinbart: Die Scharia gilt im Norden, aber weiterhin nicht im Süden; 2010 soll ein Referendum über die Sezession des Südens entscheiden; die Öleinnahmen fließen je zur Hälfte an den Süden und den Norden.“²

Zwar entspricht diese Vereinbarung den geopolitischen und ökonomischen Vorstellungen der Westmächte, gerade deshalb ist sie aber gänzlich ungeeignet zu einer dauerhaften Beilegung des Konfliktes beizutragen. Während für Washington neben den Interessen seiner Ölkonzerne der Sudan bereits ein wichtiger Schauplatz in der heraufziehenden geopolitischen Auseinandersetzung mit China ist, versucht Deutschland seinen Einfluss in Afrika weiter auszudehnen und betreibt damit ebenfalls eine gnadenlose Interessenspolitik, die wie so häufig zu Lasten der lokalen Bevölkerung geht. Hierfür verfolgen beide eine gezielte Politik die auf die Spaltung des Landes hinausläuft, was unweigerlich zur Fortsetzung und höchstwahrscheinlich noch zu einer Intensivierung des Bürgerkriegs führen wird. Die neuerlichen Konflikte in der westsudanesischen Provinz Darfur, in deren Folge es erneut zu zahlreichen Toten und massenhaften Vertreibungen kam, bestätigen diese Befürchtung.³

Obwohl sich die Wirklichkeit deutlich komplexer darstellt, werden dabei die Verbrechen in Darfur ausschließlich der Regierung in Khartum angekreidet, was einmal mehr zahlreiche humanitäre Interventionisten auf den Plan ruft. Wie so häufig instrumentalisieren Washington und Berlin auch im Falle des Sudan lokale Konflikte um ihre zwar nicht identischen, aber überlappenden Interessen zur Not mit Gewalt wahrzunehmen, statt sich für eine wirklich konstruktive Beilegung einzusetzen.

Transatlantische Stimmungsmache für den Krieg

War man sich noch in der Frage des amerikanischen Alleingangs gegen den Irak spinnefeind, drängen nun deutsche wie amerikanische Politiker einmütig auf ein bewaffnetes Eingreifen im Sudan, was einmal mehr den instrumentellen Charakter des periodisch auftretenden deutschen Pazifismus unterstreicht. Schon im Dezember vergangenen Jahres forderte die Grüne Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, ein bewaffnetes Eingreifen⁴ während ihr Parteikollege, Außenminister Josef Fischer, auch in dieser Frage einmal mehr seinen zweifelhaften Ruf als humanitärer Falke bestätigt. In das gleiche Horn bläst Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die sich für die Entsendung einer EU-unterstützten Eingreiftruppe ausspricht.⁵ Somit verwundern auch Meldungen nicht mehr weiter, der Stab des I. Deutsch-Niederländischen Korps in Münster bereite sich auf „eine mögliche Führungsaufgabe“ im Sudan vor.⁶ Auch Washington, unterstützt von seinen engen Verbündeten Großbritannien und Australien, deutete in Form seines Außenministers Colin Powell die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens an.⁷ Der US-Kongress forderte die Regierung gar dazu auf, „ernsthaft eine multilaterale oder sogar unilaterale Intervention zu erwägen.“⁸

Das Interesse am Sudan kommt auch darin zum Ausdruck, dass die NATO inzwischen über logistische Unterstützungsleistungen afrikanischer „Friedenstruppen“ in den Konflikt involviert ist.⁹ Da die Erfahrung zeigt, dass humanitäre Erwägungen keineswegs ausreichen um eine Militärintervention auszulösen, bleibt die Frage, weshalb sowohl in Deutschland als auch in den USA gezielt Stimmung für einen bewaffneten Eingriff gemacht wird.

Das Öl schmiert den Bürgerkrieg

Zwar sind ausländische Ölfirmen schon lange im Sudan aktiv, erst in jüngster Zeit aber kam es zu einem regelrechten Boom in der sudanesischen Ölindustrie: Allein im Zeitraum von 2001 bis Anfang 2004 verdoppelten sich die nachgewiesenen Reserven von 262 auf 563 Millionen Barrel Öl. Die geschätzten Reserven werden vom sudanesischen Energieministerium bei etwa 3 Milliarden Barrel vermutet, was etwa doppelt so viel wie in Kolumbien wäre und den Sudan zu einem der relevantesten mittleren Ölländer machen würde. Nachdem 1999 eine Pipeline fertiggestellt wurde, die das ausschließlich

im Süden zu findende Öl 1540 Kilometer weit nach Port Sudan im Nordsudan am Roten Meer pumpt, stieg auch der Export sprunghaft an. Die Fördermenge erhöhte sich von 270.000 Barrel am Tag (b/d) im Jahr 2003 auf 345.000 b/d im Folgejahr und soll 2005 auf 500.000 steigen. Für 2006 werden sogar 750.000 b/d erwartet.¹⁰ Da das Land zusätzlich über erhebliche Erdgasreserven verfügt, kommt ihm somit eine erhebliche strategische und ökonomische Bedeutung zu.

Schon 1974 kaufte sich die amerikanische Firma Chevron ins sudanesisches Ölgeschäft ein, kurze Zeit später die französische Total. Beide Konzerne zogen sich nach Rebellenangriffen 1984 aus dem Land zurück. Während Total aber seine Rechte bis heute behielt, musste Chevron seine Konzession auf Druck der amerikanischen Regierung 1989 verkaufen. Nachdem sich die Beziehungen zur sudanesischen Regierung beständig verschlechterten, verhängte Washington 1997 umfassende Wirtschaftssanktionen die es amerikanischen Firmen endgültig verbieten in dem Land zu investieren. Zwischenzeitlich waren dann kanadische (Talisman), schwedische (Lundin Oil AB) und österreichische (OMV) Konzerne im Sudan aktiv,¹¹ die allesamt sehr gut von dem Bürgerkrieg profitierten. Einem ausführlichen Bericht von *Human Rights Watch* zufolge ist der Bürgerkrieg untrennbar mit den Profitinteressen der Ölkonzerne verknüpft: „Der Zusammenhang zwischen Krieg und Vertreibungskampagne zur Entwicklung des Ölsektors ist offensichtlich: Die Ölgebiete, in denen die Bevölkerung gezielt vertrieben wurde, sind diejenigen in denen eine Konzession genehmigt und eine Pipeline fertiggestellt wurde.“¹²

Allerdings ging die sudanesischen Bonanza zunehmend in andere Hände

über: „Unter dem Druck internationaler und besonders kanadischer Menschenrechtsgruppen verkaufte Talisman schließlich im Herbst 2002 seine Rechte im Sudan an die indische Firma Videsh – mit einem Gewinn von 30 Prozent...2003 verkauften Lundin und OMV ihre Rechte an die...malaysische Petronas und die indische Vindesh. Block 6 wurde insgesamt an die staatliche chinesische CNCP vergeben. Jetzt sind *alle Öl-Claims in chinesischer, malaysischer, indischer und (zum kleinen Teil) sudanesischer Hand*, außer dem ungenutzten Block 5 von TotalFinaElf.“¹³

Aufgrund der allseits bekannten Nähe der Bush-Administration zur US-Öllobby besteht somit ein offensichtliches amerikanisches Interesse daran, sicherzustellen, dass US-Konzerne künftig wieder an der Ausbeutung des Landes bzw. seines Öls beteiligt werden: „Wegen der gestörten Beziehungen Washingtons zu Khartum waren US-amerikanische Firmen am Ölgeschäft nicht beteiligt. Hauptnutznießer waren Unternehmen aus China, Indien und Malaysia. Nachdem 1999 mit dem Export begonnen wurde, würde eine Lösung des Konfliktes US-Firmen den profitablen Wiedereinstieg ermöglichen.“¹⁴ Das amerikanische Energieministerium kommt zu demselben Schluss: „Eine endgültige Lösung des sudanesischen Bürgerkriegs könnte...zur Aufhebung der verschiedenen Sanktionen gegen das Land führen und Investitionen ausländischer Firmen (inklusive der Ölkonzerne) befördern.“¹⁵ Allerdings stellt sich hierbei eine zentrale Frage: Weshalb ergreift Washington so entschieden Partei für die SPLA, obwohl zahlreiche diplomatische Quellen versichern, dass Khartum „verzweifelt versucht, die US-Sanktionen zu beenden und um amerikanische Ölinvestoren zu buhlen.“¹⁶ Wäre es also nicht

einfacher sich mit Khartum auszusöhnen und im Gegenzug einen privilegierten Zugang zu den Ölressourcen des Landes zu erhalten?

Viele Hinweise sprechen dafür, dass eine Beendigung des Bürgerkrieges und der Wiedereinstieg amerikanischer Ölkonzerne nicht das alleinige, nicht einmal das wichtigste Ziel Washingtons ist. Tatsächlich geht den USA primär um geopolitische Interessen im Sudan. Diese machten es aus US-Sicht notwendig, gezielt auf die Abspaltung des Südsudan hinzuwirken, was für die Regierung in Khartum nicht akzeptabel ist. Da diese aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer neuerlichen Eskalation des Bürgerkrieges regieren wird, soll dem bereits jetzt über die Stimmungsmache für eine westliche Militärintervention vorgebeugt werden.

Die Rolle der USA

Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges stellten die USA die Waffenlieferungen an die sudanesischen Regierung ein und distanzierten sich zunehmend von dem Regime al Bashirs. Insbesondere christlich-evangelikale Lobbygruppen drängten Washington, den Druck auf Khartum massiv zu erhöhen. Da der Sudan auch zeitweise den Terroristen „Carlos“, vor allem aber zwischen 1991-1996 Osama Bin Laden beherbergte, fand sich das Land 1993 auf der Liste der „Schurkenstaaten“ wieder. Nachdem 1997 die US-Sanktionen verhängt wurden kam es ein Jahr später, kurz nach den *Al Qaida* zugeschriebenen Anschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Dares-Salaam als Vergeltungsmaßnahme zum Angriff auf die einzige pharmazeutische Fabrik des Landes. Dort soll angeblich VX-Nervengas hergestellt worden sein, was bis heute aber unbewiesen geblieben ist.

Parallel zu den sich stetig verschlechternden Beziehungen zur sudanesischen



Regierung machte Washington einen erneuten Schwenk und unterstützte spätestens seit Mitte der 90er Jahre die SPLA, wie die *Österreichische Militärische Zeitschrift* berichtet: „1996 entschlossen sich auch die USA, die antisudanesischen Kräfte zu stärken. CIA-Direktor John Deutch besuchte Addis Abbeba. Angeblich ‚nicht-letale‘ Militärgüter im Wert von 20 Mio USD wurden an Äthiopien, Eritrea und Uganda geliefert und wohl teilweise mit Billigung Washingtons an die SPLA weitergegeben.“¹⁷ Seither beliefert Washington die SPLA kontinuierlich. So traf sich im Oktober 1999 die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright mit John Garang und gewährte der Rebellenorganisation umfassende Rüstungshilfe.¹⁸

Mit dem Amtsantritt der Bush-Administration wurden die Bemühungen um einen Waffenstillstand intensiviert. So ernannte man mit John Danforth eigens einen hochrangigen Sonderbotschafter für diese Aufgabe.¹⁹ Aufgrund der hervorragenden Kontakte zur SPLA und dem amerikanischen Interesse an der Beendigung des Bürgerkrieges, dürfte es kein Zufall gewesen sein, dass die SPLA im Frühjahr 2003 mit einer „Offensive im Westen begann, just zu dem Zeitpunkt, als die Friedensverhandlungen zwischen Norden und Süden ins Stocken geraten waren.“²⁰ Laut *FAZ* wollten die Rebellen Khartum mit der Offensive „zu schnellen Konzessionen...bewegen.“²¹

Dass die sudanesishe Regierung mehr oder minder an den Verhandlungstisch gezwungen werden musste, ist verständlich, da die „Konzessionen“ auf lange Sicht für Khartum inakzeptabel sein dürften. Denn auf dessen Grundlage scheint eine Spaltung des Landes in einen nördlichen und einen südlichen Teil nahezu unausweichlich.

Das Interesse an der Aufspaltung des Sudan

Laut *Middle East Intelligence Bulletin* wurde bereits 1999 gezielt auf eine Abspaltung hingearbeitet: „Die Anzeichen verdichten sich, dass Washington inzwischen die Errichtung eines unabhängigen Staates im Süden des Sudans befürwortet. In den letzten Monaten wurden die amerikanische Unterstützung des Widerstands im Südsudan sowie die Anstrengungen die Regierung in Khartum zu isolieren verstärkt und diplomatische Initiativen so gestaltet, dass sie die Sezession des Südens legitimieren.“²² Hierbei scheinen nicht die Profitinteressen der Ölkonzerne sondern vielmehr geopolitische Motive

die entscheidende Rolle zu spielen.

Der Rückzug westlicher Konzerne, die einseitige Einflussnahme auf Seiten der SPLA und die amerikanischen Sanktionen ermöglichten China den Einstieg ins sudanesishe Ölgeschäft. Dieses Engagement ist Teil des chinesischen Interesses seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent auszuweiten um hierdurch seinen rapide steigenden Ölbedarf künftig abzusichern.²³ Einem Bericht von Bill Gertz zufolge, Kolumnist der Bush-nahen *Washington Times*, hat Peking bereits 4.000 Soldaten im Sudan stationiert, um seine dortigen (Öl)Interessen zu wahren. Obwohl er die Zahl nicht bestätigen wollte, gab eine hohe Regierungsquelle gegenüber dem Journalisten zu, dass sich chinesische Truppen im Land befänden.²⁴

Dieser Entwicklung entgegenzuwirken, kommt aus Sicht der US-Regierung oberste Priorität zu. Da China als „strategischer Rivale“ (George W. Bush) betrachtet wird, ist Washington bestrebt wie Zalmay Khalilzad, eines der einflussreichsten Mitglieder der Bush-Administration, ausführt, „ein relatives Anwachsen chinesischer Macht im Vergleich zu den Vereinigten Staaten zu verhindern, oder zumindest so lange wie möglich hinauszuzögern. Selbst wenn Chinas Aufstieg unvermeidlich ist, später ist besser als früher. Die Eindämmungsstrategie würde generell Anstrengungen beinhalten, Chinas ökonomisches Wachstum zu schwächen, da dies die wichtigste Basis nationaler Macht darstellt und speziell eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu verhindern. Sie würde auch Versuche umfassen, der Ausdehnung des chinesischen Einflusses über die eigenen Grenzen hinaus entgegenzuwirken.“²⁵ Neben den Truppenstationierungen in Ostasien wird in Militärkreisen ganz offen betont, dass für eine solche Eindämmungsstrategie auch die Kontrolle der weltweiten Ölvorräte und ihrer Transportwege von zentraler Bedeutung ist, da hierdurch bei Bedarf Peking buchstäblich der Saft abgedreht werden kann.²⁶ Offensichtlich droht der Sudan zum Schauplatz dieser Auseinandersetzung zu werden.

Zusätzlich engagiert sich inzwischen auch Russland im Sudan. So erhielt der russische Konzern Stroitransgaz den Zuschlag zum Bau einer weiteren Pipeline zum Hafen Port Sudan im Norden des Landes. Gleichzeitig beliefert Moskau den Sudan mit Waffen.²⁷ Ende Juni kündigte die indische ONGC Videsh Ltd. auch noch die Aufnahme von Verhandlungen über den Kauf der bisher ruhenden Total-Konzession an. Bei Erfolg wolle

das Unternehmen massiv im Land investieren, was eine Stärkung der sudanesischen Regierung bedeuten würde.²⁸

Während also China und andere relevante Mächte im Sudan an Einfluss gewinnen, scheinen die USA vorläufig aus dem Spiel zu sein. Zumindest solange sie die SPLA der Regierung in Khartum vorziehen, was offensichtlich weiterhin der Fall ist. So erklärt sich auch die Situation im Weltsicherheitsrat, in dem Moskau und Peking versuchen drastischere Aktionen gegen das Land zu verhindern.²⁹ Wie ein westlicher Diplomat erklärt, wären solche Maßnahmen „nicht nur ein Schlag gegen Khartum, sondern zugleich gegen wirtschaftliche Interessen Chinas und Russlands.“³⁰ Es bleibt aber immer noch die Frage zu klären, weshalb Washington, das sich in Ölfragen bekanntlich nicht von humanitären Erwägungen leiten lässt, so krampfhaft an der SPLA festhält.

Der Weg zum Atlantik

Für das Verständnis der Konfliktkonstellation im Sudan ist es wichtig zu wissen, dass sich das sudanesishe Öl im Süden des Landes befindet. Es wird per Pipeline in den Norden gepumpt, was der Zentralregierung weiterhin Einfluss auf die Vorkommen ermöglicht. Gleichzeitig beschuldigt die SPLA die Regierung, die Öleinkünfte drastisch überproportional dem Norden zufließen zu lassen und mit ihnen den Bürgerkrieg finanziert zu haben.³¹

Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass die südsudanesishe Bevölkerung falls es 2010 zu einem Referendum kommen sollte, mit großer Mehrheit für eine Abspaltung votieren wird. Möglicherweise ist das das eigentliche Interesse der Vereinigten Staaten, denn dies würde es ermöglichen, das Öl nicht mehr nach Norden, sondern nach Westen an die Atlantikküste abzutransportieren und damit dem chinesischen Einfluss zu entziehen. So ist ein „Hinweis auf geopolitische Interessen...der beschlossene Bau einer Ölpipeline vom südwestlichen Tschad bei Doba durch ganz Kamerun an die Atlantikküste. Die Westmächte könnten erwägen, sudanesisches Öl weder ans Rote Meer noch an den Indischen Ozean zu leiten, sondern nach Doba im Tschad.“³²

Eine Anbindung der sudanesischen Vorkommen an die Tschad-Kamerun Pipeline würde sich nahtlos in die amerikanische Ölstrategie für den afrikanischen Kontinent einfügen. In spätestens zehn Jahren sollen 25 Prozent der aufgrund sich erschöpfender heimischer Vorräte rasant

steigenden US-Ölimporte von dort bezogen werden, so das ehrgeizige Ziel. Bereits heute wird massiv mit der Stationierung von US-Soldaten zum Schutz dieses Öls begonnen. Die Ressourcen würden sich fortan unter amerikanischer Kontrolle befinden, könnten bequem per Schiff in die USA abtransportiert und im Extremfall ausschließlich für den amerikanischen Markt reserviert werden. Zudem würden auch die amerikanischen Konzerne sicher hohe Profite erzielen, da kaum davon auszugehen ist, dass ein südsudanesischer Staat bereit wäre China oder Indien, die Unterstützer al Bashirs, zu beteiligen.³³ Aus der geopolitisch dominierten Sicht der US-Strategen würde also eine Spaltung des Sudan Washingtons Position erheblich stärken. Zu allem Überfluss deckt sich dieses Interesse Position auf mit dem der deutschen Bundesregierung.

Deutsche Schweißtechnik hilft bei der Abspaltung

Der bisher ausschließlich über den Norden gewährleistete Abtransport des südsudanesischen Öls macht eine Abspaltung des Südens nahezu unmöglich, da er ohne Vermarktungsmöglichkeit seiner Ressourcen dastünde. „Geht es nach der Firma Thormählen Schweißtechnik in Bad Oldesloe, so soll sich das ändern. Die Firma aus dem Hamburger Umland will für eine Milliarde Euro eine Eisenbahn bauen, vom Ölgebiet im mittleren Süden über die südöstliche Grenze bis zum kenianischen Hafen Mombasa. Die Eisenbahn, 2500 Kilometer lang, soll Öl und andere Bodenschätze nach Kenia transportieren, einen Abzweig nach Uganda machen und den Indischen Ozean erreichen. *Später soll eine Pipeline hinzukommen.* Die Gesamtkosten für den neuen afrikanischen Transportkorridor werden auf drei Milliarden Euro geschätzt. Die USA und Großbritannien hätten großes Interesse am Bau, sagt

Firmenchef Klaus Thormählen. Verständlich, denn dann könnte sich der Süden mit samt seinen Ölfeldern abspalten und die asiatischen Ölfirmen verlören ihr Monopol auf das sudanesische Öl.“³⁴

Bemerkenswert offen plauderte der Unternehmenssprecher gegenüber *German-Foreign-Policy.com* aus dem geopolitischen Nähkästchen: „Die jetzt in Auftrag gegebene Eisenbahnlinie Juba-Mombasa soll - so bestätigt der Unternehmenssprecher - den ‚Anschluss an die westlich orientierte Welt‘ herstellen. Zusätzlich wird es ‚sicherlich auf Dauer eine Pipeline geben, die in den Süden geht‘, erklärt die deutsche Firma. ‚Die meisten gehen davon aus, dass Nord- und Südsudan sich trennen werden‘, heißt es bei dem Unternehmen, das in direkten Verhandlungen mit der kenianischen Regierung und der SPLM/A-Führung steht. Südsudan, Kenia und Uganda planen demnach eine ‚Freihandelszone nach europäischem Vorbild.‘ Das deutsche Unternehmen spielt dabei eine zentrale Rolle: ‚Ohne die Eisenbahn geht nichts‘, heißt es bei Thormählen.“³⁵ Kein Wunder, dass sich auch China um das Projekt bemühte, aber nicht den Zuschlag erhielt.

Der unter tatkräftiger Mithilfe von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingefädelt Deal ist Teil einer Gesamtstrategie, den deutschen Einfluss in Afrika weiter zu vergrößern.³⁶ Wird das Infrastrukturprojekt realisiert, hätte dies für die sudanesischen Regierung dramatische Auswirkungen: „der Transport in die nordsudanesischen Hafenstadt Port Sudan entfiel, Khartum verlöre jeden Einfluss auf das Öl und seine Erlöse.“³⁷ Hiermit wäre endgültig der Weg zur Spaltung des Landes geebnet. Allerdings ist es äußerst unwahrscheinlich, dass Khartum dieser Entwicklung tatenlos zusehen wird. Die Regierung wird höchstwahrscheinlich mit einer Wiederaufnahme des Bürgerkriegs

reagieren – im schlimmsten Fall unterstützt durch China und Russland.³⁸ Willkommen zurück im Zeitalter des Kalten (Stellvertreter)Krieges. Dabei scheint sich Deutschland gegenwärtig sehr darum zu bemühen eine Eskalation herbeizuführen: „Beim Thema Darfur ist Deutschland eines der unbeugsamsten Länder“, kritisiert der sudanesischen Außenminister Mustafa Osman Ismail.³⁹

Einseitigkeiten in Darfur

Trotz der unbestreitbaren Involvement Khartums in die grausamen Vorgänge in Darfur ist ein Großteil der Berichterstattung somit auch als Vorgriff auf einen im Falle einer neuerlichen Eskalation des Bürgerkrieges notwendigen „humanitären Friedenseinsatz“ durch die interessierten Mächte zu werten. Es wird ein „Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet – nützlich für den Fall, daß die Transporttrasse nach Kenia nicht ungestört gebaut werden kann.“⁴⁰ Dies wird auch daran deutlich, dass sich die Realität vor Ort deutlich komplizierter darstellt, als dass eine ausschließliche Verurteilung der sudanesischen Regierung gerechtfertigt wäre.

So betont der UN-Koordinator für Nothilfe in Krisengebieten, Jan Egeland, die Übergriffe in Darfur seien „nicht nur die Schuld der Regierung. Es gibt dort viele Milizen und andere Kräfte... Die selben Stämme sind vertreten, sowohl unter denjenigen, die andere vertreiben, als auch unter denjenigen, die vertrieben werden.“ Weiter gibt der UN-Mitarbeiter an, alle Bürgerkriegsparteien seien an der Eskalation beteiligt: „Die sogenannten Janjawid-Milizen, organisierte Kriminelle, zu viele Arbeitslose mit zu vielen Gewehren, Regierungstruppen und mit Bestimmtheit auch Streitkräfte der Aufständischen.“ Dies wird auch von *Amnesty International* bestätigt: „Es gibt Berichte über Missbrauch und Folter, einschließlich Vergewaltigung durch Mitglieder der SLA und der JEM,“ die beide Rebellenorganisationen sind.⁴¹ An einem differenzierten Bild aber, wie es Egeland zeichnet, scheinen Politik und Medien nicht interessiert zu sein.

Sudan: Prototyp für EU-Interventionen im Zeitalter der Globalisierung

Dass der Vorsitzende des EU-Militärkomitees Gustav Hägglund die Krise im Sudan als prototypisch für künftige Einsätze der neu geschaffenen schnellen europäischen Eingreiftruppen, den sogenannten Battlegroups, bezeichnet, kommt nicht von ungefähr.⁴² Die Stabilisierung so genannter fehlgeschlagener Staaten,



die von neoliberaler Politik in Armut und Konflikte gestürzt wurden, ist essentiell um Handelsinteressen auf dem afrikanischen Kontinent zu wahren: „Solche Geschäfte brauchen stabile politische Rahmenbedingungen. Joschka Fischers klare Ansage, man könne Darfur ‚nicht sich selbst überlassen‘, ist deshalb keine Phrase, sondern ein Programm. Ausufernde Unruhen und eine Regierung, die ihren eigenen Staat nicht im Griff hat, sind Gift für profitablen Handel.“⁴³

Dagegen erweisen sich in Wahrheit die neoliberalen Konzerninteressen als Gift für die Länder Afrikas. Gerade in diesem Kontext ist der Sudan tatsächlich auf tragische Weise prototypisch. In den 80er Jahren übernahm das bettelarme Land um Kredite zu bekommen die Vorgaben von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank, was zu den allseits bekannten Resultaten führte: „Die Politik von IWF und Weltbank hat die Armut und soziale Spaltung des Landes weiter vorangetrieben“, resümiert Gerald Oberansmayr.

Natürlich hat jeder Konflikt auch spezifisch regionale Ursachen. Im Falle des Sudan spielen materielle Konflikte um Wasser und Land, wie auch Rivalitäten der lokalen Eliten eine wichtige Rolle.⁴⁴ Die Chancen für eine friedliche Beilegung sinken aber erheblich, wenn weite Teile der Bevölkerung auch aufgrund gezielter westlicher Ausbeutungspolitik auf das Drastischste verarmt sind, wie selbst die Weltbank inzwischen zugesteht.⁴⁵ Dass sich all die humanitären Interventionisten, die augenblicklich für einen bewaffneten Eingriff im Sudan plädieren, keinen Deut um die Beendigung dieser unseligen Ausbeutungspolitik scheren, spricht Bände über die eigentliche Motivation dieser selbsternannten Gutmenschen: „Es ist schon ein starkes Stück, mit welcher Perfidie hier ökonomische Interessensdurchsetzung mit humanitären Motiven bemäntelt wird: Diejenigen, die aktuell Waffenlieferungen an die SPLA und die ‚Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit‘ nicht unterbinden wollen, die mit der sudanesischen Regierung über Jahre hinaus beste Geschäfte gemacht haben, vergießen jetzt Krokodilstränen und schreien nach der Militärintervention.“⁴⁶ Tatsächlich tragen die westlichen Staaten mit ihrer Interessenspolitik eine erhebliche Mitverantwortung bei der Eskalation blutiger Auseinandersetzungen und machen damit militärische Interventionen in Ländern wie dem Sudan häufig erst „notwendig.“

Anmerkungen

¹ Martin Pabst, „Der Sudan – Land der Gegensätze“, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 1/2004, S. 13-22, S. 13.

² Thomas Immanuel Steinberg, „Teilen und Vertreiben: Blut für Öl im Sudan“, in: *Junge Welt*, 16.08.04.

³ Schätzungen zufolge sollen bis zu 50.000 Menschen ermordet und etwa 1.5 Millionen vertrieben worden sein.

⁴ Otfried Nassauer, „Das neue sicherheitspolitische Interesse an Afrika - Europa und Amerika als Konkurrenten statt als Partner?“, in: *Streitkräfte und Strategien*, **21.08.04, S. 3-7, S. 3.**

⁵ Gerald Oberansmayr, „Sudan: Vor der nächsten Militärintervention“, in: *Guerinica*, 3/2004.

⁶ Osnabrücker Zeitung zit. Jürgen Elsässer, *Schritt für Schritt in den Krieg*, Telepolis, 26.07.04.

⁷ Norm Dixon, *Crisis in Sudan: Oil Profits Behind West's Tears for Darfur*, Counterpunch, 09.08.04.

⁸ Oberansmayr 2004.

⁹ „NATO considering UN request to help African peacekeepers in Darfur“, *AP*, 15.09.04.

¹⁰ US Government, Department of Energy, *Sudan Country Analysis Brief*, July 9, 2004; *Sudan's estimation of crude oil*, Liquid Africa, 16.07.04.

¹¹ Steinberg 2004.

¹² Human Rights Watch, *Sudan, Oil and Human Rights*, September 2003, S. 37.

¹³ Steinberg 2004. Hervorhebung JW.

¹⁴ Pabst 2004, S. 19. Siehe auch: „Die Vereinbarung erlaubt die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zum Sudan und ermöglicht es US-amerikanischen Erdölunternehmen wieder Fuß zu fassen, um in Zukunft am boomenden Ölexplorations- und Exportgeschäft wieder zu partizipieren.“ Michael A. Lange, „Ägypten und die Friedensbemühungen im Sudan“, in: KAS Auslandsinformationen, 9/02, S. 32-39, S. 33f.

¹⁵ *Sudan Country Analysis Brief* 2004.

¹⁶ Samantha Power, „Dying in Darfur“, in: *The New Yorker*, 25.8.04.

¹⁷ Pabst 2004, S. 18.

¹⁸ „US Steps up Support for South Sudanese Resistance“, in: *Middle East Intelligence Bulletin*, Vol. 1, No. 11, November 1999.

¹⁹ Lange 2002, S. 33.

²⁰ Oberansmayr 2004.

²¹ Ebd.

²² „US Steps up Support“ 1999.

²³ Amy Myers Jaffe and Steven W. Lewis, „Beijing's Oil Diplomacy“, in: *Survival*, Spring 2002, S. 115- 134.

²⁴ Bill Gertz, *Chinese in Sudan: Notes*

from the Pentagon, URL: <http://www.gertzfile.com/gertzfile/ring030504.html> (eingesehen 17.09.04).

²⁵ Zalmay Khalilzad, „U.S. Strategy Toward China“, in: Frank Carlucci, Robert Hunter and Zalmay Khalilzad, (eds), *Taking Charge: A Bipartisan Report to the President Elect on Foreign Policy and National Security - Discussion Papers*, RAND: Santa Monica 2001, S. 60-67, S. 64.

²⁶ Siehe Sam Tangredi (ed), *Globalization and Maritime Power*, National Defense University 2002.

²⁷ „Russian company to build oil pipeline in Sudan“, *Russian Information Agency Novosti*, 29.07.04.

²⁸ Himendra Kumar, *India ONGC Videsh seeks Total's stake In Sudan oil block*, Sudantribune.com, 23.07.04.

²⁹ „China asks U.S. to revise draft on Sudan's Darfur“, *Reuters*, 14.09.04; Elsässer 2004.

³⁰ Thomas Burmeister, „Der Sudan - zwischen Völkermord und Ölgeschäft“, *Pas-sauer Neue Presse*, 11.09.2004.

³¹ Lange 2002, S. 34.

³² Steinberg 2004. Hervorhebung JW.

³³ Vgl. allgemein zur US-Ölstrategie in Afrika Jürgen Wagner, „Afrika im Fadenkreuz“, in: *Blätter* 6/04, S. 703-711.

³⁴ Steinberg 2004.

³⁵ „Keimzelle“, *Informationen zur deutschen Außenpolitik*, 27.07.2004.

³⁶ „Beeindruckende Entwicklung“, *Informationen zur deutschen Außenpolitik*, 06.01.2004.

³⁷ „Die Bahn zur Unabhängigkeit“, *Informationen zur deutschen Außenpolitik*, 18.07.2004.

³⁸ Pabst 2004, S. 22. Allerdings sollte betont werden, dass es fraglich ist, ob China in naher Zukunft bereit sein wird, einen heftigen Konflikt mit Washington zu riskieren.

³⁹ *Informationen zur deutschen Außenpolitik*, 18.07.2004.

⁴⁰ Steinberg 2004.

⁴¹ Oberansmayr 2004.

⁴² Judy Dempsey, „EU-led Forces 'Could Intervene' in Sudan Conflict“, *Financial Times*, 12.04.04.

⁴³ Rüdiger Falksohn und Thilo Thilke, „Tod im Geisterhaus“, *Spiegel Online*, 01.08.04.

⁴⁴ Pabst 2004, S. 14.

⁴⁵ World Bank, *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*, Oxford 2003.

⁴⁶ Tobias Pflüger, *Sudan: Mit Volldampf zur nächsten „humanitären Intervention“*, IMI-Standpunkt 2004/048, 21.09.04.

ALTHEA

Operation „heilende Göttin“

Die EU-Militärmission in Bosnien

von Tobias Pflüger

Im Dezember 2004 wird die NATO ihren neun Jahre dauernden Einsatz zur Befriedung Bosnien-Herzegowinas beenden. Die meisten Soldaten der Stabilisierungstruppe SFOR werden aber nicht abziehen, sondern einfach ein neues Abzeichen bekommen, auf dem dann „ALTHEA“ steht. Das ist der Name der Militärmission, die die Europäische Union führen wird. Es ist der bislang größte militärische Einsatz der EU.

Der Codename der EU-Operation „Althea“ bedeutet „heilende Göttin“ und stammt aus der Antike. Schon der EU-Militäreinsatz im Kongo, die Operation Artemis, hatte sich eines Kommodocodenames aus der griechischen Mythologie bedient. Doch während Artemis, die Göttin der Jagd, noch relativ bescheiden daherkam (1400 Soldaten), werden beim 3. EU-Militäreinsatz mit der ALTHEA-Operation über 7000 Soldaten beteiligt sein. Die Bundeswehr ist mit insgesamt 1300 Soldaten dabei. Der deutsche Admiral Rainer Feist, bis Mitte September 2004 stellvertretender Oberbefehlshaber der NATO in Europa (DSACEUR des SHAPE) und gleichzeitig auch der militärische Chef der EU-Mission, betonte jüngst noch einmal, dass die Europäische Union, sich sozusagen Personal und Geräte bei der NATO ausleiht - nur die politische Verantwortung werde gewechselt. Im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, erklärte er offenherzig, dass für die Umwidmung eines NATO-Quartiers in ein EU-Quartier lediglich das „Heraushängen der EU-Fahne“ vonnöten sei.

Zusätzlich zu dieser äußerst engen Kooperation bleibt die NATO weiter vor Ort. In Sarajewo wird ein Hauptquartier mit 250 zivilen und militärischen Mitarbeitern errichtet, deren Aufgabe u. a. darin bestehen soll „den Dialog der NATO mit Bosnien über die Verteidigungsreform fortzuführen“ und „gemeinsame Verantwortung mit der EU für Maßnahmen bei der Bekämpfung des Terrorismus“ zu übernehmen. Presseberichten zufolge wird die NATO-Truppe voraussichtlich auf dem gleichen Gelände und in dem glei-

chen Gebäude untergebracht werden, wie das Hauptquartier von ALTHEA - allerdings werden NATO und EU getrennte Eingänge benutzen.

Fakt ist zudem, dass das Europäische Parlament, wie bei anderen Militärmissionen auch, keinerlei Mitentscheidungsrecht hat. Nicht einmal eine Konsultation findet statt. Informationen fließen nur spärlich, auch wenn die Oberkommandierenden im zuständigen Ausschuss des Parlaments auftreten. Gelder aus dem EU-Haushalt werden allerdings nicht für die „Mission“ aufgewendet. So entrichten die Mitgliedstaaten Beiträge, um die Mission außerhalb des Haushaltsplans der Euro-

ALTHEA ist der bislang größte militärische Einsatz der EU.

päischen Union zu finanzieren. Für die ersten Monate ist von einem Finanzbedarf von 71,7 Millionen Euro die Rede, die nach einem eigens zu diesem Zwecke am 23. Februar 2004 geschaffenen Mechanismus von den Mitgliedstaaten dafür aufgebracht werden (2004/197/GASP).

Damit ist die ALTHEA-Mission nur der vorläufige Höhepunkt der Militarisation der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Erklärtes Ziel ist es, immer aufwendigere Operationen durchzuführen. Mittelfristig geht

es um die Herstellung und Erprobung der globalen Kriegsführungsfähigkeit der EU, in einem komplexen Kooperations- und Konkurrenzverhältnis zur NATO. Erinnerungen an die frühen 90er Jahre in der Bundesrepublik kommen auf. Damals konnte sich auch niemand vorstellen, dass aus einer Sanitätsmission der Bundeswehr in Kambodscha Anfang der 90er Jahre - über die schrittweise Gewöhnung militärischer Auslandseinsätze hin - nur wenige Jahre später die Beteiligung am Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien werden würde.

So sorgt sich denn das Europäische Parlament, ähnlich wie die übergroße Mehrheit des Deutschen Bundestages damals - gegenüber diesem Einsatz, lediglich, dass „eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit und allerhöchste Standards demokratischer Legitimität angestrebt werden sollten,“ wie es im zugehörigen Berichtsentwurf des Parlaments heißt. Nur von Zeit zu Zeit blitzen einmal wirkliche Bedenken bei einigen auf, die sich ansonsten, gerade was die deutschen Mitglieder angeht, von Grünen bis CDU/CSU nahezu vollständig einig sind. So erklärte der Unterausschussvorsitzende Karl von Wogau - offensichtlich einer der Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie im Ausschuss - dass es schon bedenklich sei, wenn diese Missionen aus Schattenhaushalten bezahlt würden, die weder von den nationalen Parlamenten noch vom europäischen Parlament kontrolliert würden. In der Regel wird aber die eigene parlamentarische Kontrollfunktion so verstanden, dass man sich nur, wie jüngst das Sicherheitsausschussmitglied Angelika Beer, darum Gedanken macht, dass die europäische Geheimdienstzusammenarbeit in Bosnien bisher noch nicht reibungslos genug funktioniere.



Lager in Libyen und das Gewissen Europas

von Christoph Marischka

„Die Minister sind besorgt über die große Zahl derer, die sich in oft seeuntüchtigen Booten auf den Weg nach Europa machen und dabei Leib und Leben riskieren.“¹ So heißt es jedenfalls in der Presseerklärung des Bundesinnenministeriums (BMI) zum Treffen von Otto Schily mit seinem italienischen Amtskollegen Antonio Pisanu am 12.08.04. Dieser bezeichnete die Migration aus Afrika als Frage an das europäische Gewissen.

Die europäische Politik ist verantwortlich für das alltägliche Drama, welches sich zwischen Afrika und Europa und an den EU-Außengrenzen generell abspielt. Damit ist nicht nur die koloniale Eroberung Afrikas und wirtschaftliche Ausbeutung gemeint, sondern auch die konkrete Flüchtlingspolitik, die von der EU betrieben wird. Es ist auf Grund der Visa-Bestimmungen für Flüchtlinge praktisch nicht möglich, legal in die EU einzureisen um einen Asylantrag zu stellen. Die illegale Einreise ist aber gefährlich und oft teuer. Viele Flüchtlinge müssen in Nordafrika erst jahrelang unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten, um später Schlepper bezahlen zu können, die sie in Seelenverkäufern über das Mittelmeer fahren oder in Schlauchboote setzen. Diese Schlepper, denen die EU-Innenminister schon mehrfach den Kampf angesagt haben, sind in Wirklichkeit ebenfalls das Produkt ihrer eigenen Politik. Auch die Gefahren, die bei einer solchen Überfahrt entstehen, werden durch diese Politik größer. Hohe Strafen für „Schlepper“ führen dazu, dass oft überhaupt niemand mit Navigationskenntnissen an Bord ist, patrouillierende Militärboote mit Wärmebildkameras und Radar zwingen die Flüchtlinge auf kleine Schiffe und Schlauchboote. Das von Pisanu im letzten Jahr durchgesetzte Gesetz, wonach Schiffe, die an Schleusungen beteiligt waren, verschrottet werden, zwingt die Schlepper dazu, auf wahre Schrottkähne zurückzugreifen und steigert damit direkt den Anteil der Migranten, die bei der Überfahrt umkommen.

Seit der spektakulären Rettungsaktion der Cap Anamur ist das Sterben an

den EU-Außengrenzen und speziell im Mittelmeer ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Dies ist das eigentliche Problem von Schily und seinen Kollegen. Deshalb der Vorschlag, doch schon in Nordafrika Lager zu errichten, in denen Asylanträge gestellt, bearbeitet und abgelehnt werden können. Das schmutzige Geschäft der Abschiebung wäre dann ebenfalls in die nordafrikanischen Staaten verlagert. Dieser Vorschlag wurde in Deutschland kontrovers diskutiert und fand kaum Zustimmung in der Öffentlichkeit. Dies wurde von Schily und Pisanu aber bewusst ignoriert. Die Ergebnisse ihres Treffens haben bisher keine großen Wellen geschlagen, in Deutschland war lediglich der grüne Koalitionspartner etwas mürrisch darüber, vorher nicht informiert gewesen zu sein. Gekleidet in Worthülsen (s.o.) beschlossen sie aber, diese Lager in Nordafrika durchzusetzen.

Diese Schlepper, denen die EU-Innenminister schon mehrfach den Kampf angesagt haben, sind in Wirklichkeit ebenfalls das Produkt ihrer eigenen Politik.

In der Pressemitteilung des BMI heißt es dazu: „Für diesen Personenkreis [Flüchtlinge, die sich auf ihr Asylrecht berufen] muß nach Auffassung der Minister die Schaffung einer europäischen Einrichtung erwogen werden, welche außerhalb der Grenzen Europas Asylgesuche entgegennimmt und prüft. Ferner soll sie für die Aufnahme der Personen, die als Flüchtlinge anerkannt werden, in einem Drittland oder in einem Mitgliedsland der EU auf freiwilliger Basis sorgen.“² Nach Aussage von EU-Kommissionspräsident Prodi hat sich beispielsweise Libyen bereit erklärt, über die Errichtung von Auffanglagern für afrikanische Flüchtlinge auf seinem Territorium zu diskutieren. Gerade Libyen hat aber die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet, was bedeutet, dass es dort

nicht einmal nominell ein Asylrecht gibt. Diese Lager sollen auch keineswegs Tore in die EU werden, sondern Clearing-Stellen, von denen die Flüchtlinge abgeschoben oder vermittelt werden. Wie in der Pressemitteilung deutlich wird, soll eine Aufnahme von Flüchtlingen in die EU nur noch „auf freiwilliger Basis“ stattfinden. Bürgerkriegsflüchtlinge sollen beispielsweise in Nachbarstaaten zurückgeschickt werden. Die Lager in Libyen wären eben kein juristisches Hoheitsgebiet der EU, weshalb verbindliche Asylanträge in die EU von dort aus überhaupt nicht gestellt werden können. Ohnehin wird Libyen zum „sicheren Drittstaat“: wer über einen solchen in die EU einreist, kann dorthin automatisch wieder abgeschoben werden. Die Regelung des „sicheren Drittstaates“ wurde von Deutschland EU-weit durchgesetzt und ist die faktische Aufhebung des Asylrechts. Immer mehr Staaten oder gar einzelne Regionen werden nun als sicher eingestuft, was zugleich bedeutet, dass Migranten aus diesen Staaten und Regionen keine Chance auf Anerkennung als Flüchtlinge haben. Auch der zukünftige EU-Justizkommissar Rocco Buttiglione hat in diesem Zusammenhang bereits klar gemacht, dass er von einem Recht auf Asyl gar nichts mehr hält: „Wir müssen streng sein. Es ist nicht wahr, dass irgendjemand das Recht hat, zu uns zu kommen. Dieses Land gehört vorerst den Europäern und nur die Europäer können bestimmen, wer das Recht hat zu kommen und wer nicht. Wer kommt, ist ein Gast.“³

Diesem klammheimlichen Abschied vom Völkerrecht stehen zugleich Formulierungen gegenüber, die „theoretisch“ eine „freiwillige Aufnahme“ in die EU ermöglichen sollen. Ganz klar, hier geht es um Arbeitsmigration. Nach den Vorstellungen von Schily und Co. sollen pro Saison, je nach Bedarf der EU-Länder, Quoten festgelegt werden, wer wohin immigrieren darf. Die Kriterien, nach denen diese „Glücklichen“ ausgewählt werden sind dann aber nicht der Fluchthintergrund, sondern Ausbildung und Sprachkenntnisse. Denn die EU braucht Migration, nicht nur, um die zu niedrige Geburtenzahl innerhalb zu kompensieren und einer Überalterung der Gesellschaft entgegenzuwirken, sondern auch um durch Erhöhung des Arbeitskräftepotentials seine Position als Wirtschaftsmacht auszubauen (Lissabon-Strategie).

Globale Migration ist eine Tatsache, ist nicht nur logische Folge eines globalisierten Kapitalismus, sondern auch notwendig für sein Funktionieren. Dennoch stellt sie sich den Regierungschefs der EU als glo-

bales Problem dar, das folgerichtig global „gelöst“ werden muss. Die Lager, die nun in Nordafrika gebaut werden sollen, sind lediglich ein anschauliches Beispiel für die Versuche der EU, Migrationsströme weltweit zu kontrollieren. Seit dem Jugoslawienkrieg bemühen sich unter anderem auch Militärs um eine „heimatnahe Unterbringung“ der Kriegsflüchtlinge, indem sie Lager im Nachbarland errichten und ein Weiterziehen verhindern. Kaum ein Entwicklungshilfeprogramm und keine Verhandlung mit EU-Kandidaten oder Anrainern wird geführt, ohne dass die Länder unter Druck gesetzt werden, Migrationsbewegungen in die EU zu unterbinden. Der EU-Rat hat ausdrücklich dazu aufgefordert, „*dass in allen künftigen Kooperations- oder Assoziationsabkommen mit gleich welchem Land [...], eine Klausel über die gemeinsame Kontrolle der Migrationsströme sowie über die obligatorische Rückübernahme im Falle der illegalen Einwanderung aufgenommen wird*“⁴. Mit millionenschweren Programmen werden nun die Grenzschützer der nordafrikanischen Staaten von der EU mit Militär- und Überwachungstechnologie ausgerüstet. Längst besteht auch eine polizeiliche Zusammenarbeit mit ihnen, nicht zuletzt um zu kontrollieren, ob diese sich tatsächlich um die Abschottung ihrer Außengrenzen kümmern. Der tunesische Grenzschutzbeamte hat nämlich kein eigenes Interesse, seine Landsmänner und -frauen von einem (besseren?) Leben in der EU abzuhalten. So ist es durch polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Italien und Ägypten nahezu unmöglich geworden, über den Suez-Kanal Richtung

EU zu kommen, viele Migranten weichen über die Sahara aus, was wesentlich gefährlicher ist.

Wenn die Lager in Nordafrika dann vom EU-Ministerrat beschlossen wurden, stehen sie vermutlich schon. Das Sterben im Mittelmeer wird vielleicht tatsächlich zurückgehen, dafür werden aber um so mehr Leichen im Wüstensand der Sahara als stumme Zeugen für das Gewissen Europas verwesen.

Durch die Globalisierung des EU-Migrationsregimes ist Migration zu einem Top-Thema internationaler Politik geworden. Der libysche Staatschef Gaddafi hat dies erkannt und zu nutzen gewusst. Kurz nach der Rettungsaktion der Cap Anamur ließ er verlauten in Libyen warteten 2 Millionen afrikanische Flüchtlinge (diese Zahl ist sicherlich geschätzt und aufgerundet) auf die Weiterreise nach Europa, und man bekäme dieses Problem nicht alleine in den Griff. Als Schily dann den Vorschlag mit den Lagern in Nordafrika machte meinte Gaddafi sofort, Libyen wäre interessiert und der libysche Innenminister begann damit, in seinem Land Stimmung gegen die Migranten zu machen. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Am 25.8.04 wurde der bisher gerne isolierte Gaddafi von Berlusconi besucht und am 15.10.04 folgt Bundeskanzler Schröder. Schon

auf dem Treffen mit Berlusconi wurden gemeinsame Grenzpatrouillen beschlossen, die schon am 15.9.04 beginnen sollen. Auch wird die libysche Polizei und das Militär für die Sicherung seiner Grenzen nun von Deutschland und Italien mit neuer Technologie ausgerüstet, libysche Sicherheitsleute in Italien ausgebildet. Diese Zusammenarbeit wünschten sich beide Parteien schon lange, das gegen Libyen verhängte Embargo verhinderte dies aber bisher. Seit sich Libyen am 10.8.04 für das „La Belle“-Attentat entschuldigt und zu Entschädigungszahlungen bereit erklärt hat und sich in der Migrationsfrage kooperativ zeigt, setzen sich Deutschland und Italien für ein Aufheben des Embargos ein, die Regierungschefs sprechen von einer „Normalisierung der Verhältnisse“. Gaddafi will möglichst schnell mit dem Bau der von der EU finanzierten Lager beginnen.

Zwar heißt es diesbezüglich aus dem Bundesministerium des Inneren offiziell noch: „*Die Minister haben sich darauf verständigt, ihre gemeinsamen Überlegungen in einem Konzeptentwurf zusammenzufassen, der im Oktober beim Treffen G 5 in Florenz erörtert und anschliessend als gemeinsamer Vorschlag im Kreise der Justiz- und Innenminister eingebracht werden soll.*“⁵, aber die Lager sind längst beschlossene Sache. Dass hier Politik bewusst die Meinung der europäischen Zivilgesellschaft ignoriert, ist nur ein weiterer Beleg für das verkommene Demokratieverständnis der Regierenden und das Demokratiedefizit der EU-Institutionen. Wenn die Lager in Nordafrika dann vom EU-Ministerrat beschlossen wurden,

stehen sie vermutlich schon. Das Sterben im Mittelmeer wird vielleicht tatsächlich zurückgehen, dafür werden aber um so mehr Leichen im Wüstensand der Sahara als stumme Zeugen für das Gewissen Europas verwesen.

Anmerkungen

¹ Pressemitteilung BMI zum Treffen von Schily mit Pisanu am 12. August 2004 in Lucca/Toscana.

² ebd.

³ Rocco Buttiglione im Interview mit Deutschlandfunk (16.8.2004)

⁴ Paolo Cuttitta: „Das diskrete Sterben“ in Frankfurter Rundschau vom 14.08.2004

⁵ Pressemitteilung BMI



Europas Zielgerade im Hinterhof der USA

Freihandelsabkommen: EU im Wettlauf um die Märkte Lateinamerikas

von Johannes Plotzki

Im erbitterten Rennen um immer neue bi-regionale und multilaterale Freihandelsabkommen, das sich USA und EU derzeit weltweit liefern, strebt die EU an, noch dieses Jahr einen besonders „dicken Fisch“ an Land zu ziehen: Das *EU-MERCOSUR-Abkommen*. Dieses Freihandelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Ländern¹ befindet sich gerade in der sogenannten Forderungs- und Angebotsphase. Auf dem 3. EU-Lateinamerika-Gipfel Ende Mai 2004 im mexikanischen Guadalajara wurde sich darauf geeinigt, die angestrebte „Strategische Partnerschaft“ zwischen Lateinamerika und der EU noch im Oktober 2004 durch den Abschluss des EU-MERCOSUR-Abkommens in eine Form zu gießen. Auf diese Weise erhofft sich die EU noch vor der nächsten Verhandlungsrunde (2005) des maßgeblich von der USA vorangetriebenen Gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens *Free Trade Area of the Americas (FTAA)* eigene Fakten zu schaffen. Ziel ist es, schrittweise eine gemeinsame Freihandelszone zwischen EU und den MERCOSUR-Ländern einzuführen. Gewinner wäre in diesem Falle die europäische Exportwirtschaft, allen voran spanische und deutsche Unternehmen. Die Spitze der in die MERCOSUR-Region exportierenden Länder Europas bildet schon jetzt Deutschland. Dessen Lobbyisten aus Industrie und Wirtschaft, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), treiben die Verhandlungen im eigenen Interesse voran. Zusammengeschlossen haben sich auch deutsche Unternehmen im 1998 gegründeten *Mercosur European Business Forum (MEBF)*, einer Lobbygruppe, die vor allem die Interessen der Industrie im Auge hat und der z.B. VW, Siemens, BASF, sowie Telefónica, Endesa und Respol aus Spanien, aber auch Danone, Vivendi, Suez Carrefour aus Frankreich angehören.²

„Die Interessen der EU und ihrer transnationalen Konzerne sind vielfältig: verbesserter Marktzugang, natürliche Ressourcen und die Biodiversität der Länder des MERCOSUR sowie eine

Sicherung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses in der Region, der durch die Schaffung einer möglichen panamerikanischen Freihandelszone (FTAA) bedroht ist.“³

Auf der anderen Seite des Atlantiks sind es vor allem die Großgrundbesitzerlobby und Unternehmen aus Agrarindustrie und Gentechnologie, die sich eine Verbesserung ihrer Absatzchancen versprechen: „Die Lobbyisten der Agrarexporteure sprechen sich für den umfassenden Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union aus, unter Beachtung der Kürzung aller ‚marktverzerrenden‘ Agrarsubventionen seitens der Europäischen Union.“⁴ Forderungen, die auch im Deutschen Bundestag gerne wiedergegeben werden: „Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gehört zu den vorrangigen Zielen der EU-Politik der Bundesregierung“, denn „die lateinamerikanischen Länder fordern einen besseren Zugang ihrer Agrarprodukte auf den europäischen Märkten und sie haben Recht mit dieser Forderung.“⁵

„Global denken heißt alle Weltteile zu beobachten“

Als einer der größten Wirtschaftsräume und Freihandelszonen der Welt, gilt der MERCOSUR seit jeher als interessanter und wichtiger Handelspartner der EU. Schon jetzt ist die EU – nicht die USA – der größte Handelspartner des seit 1991 bestehenden MERCOSUR. Auf sie entfielen im vergangenen Jahr 25% des Handelsvolumen der MERCOSUR-Länder.⁶ Die ersten Verhandlungen zum EU-MERCOSUR-Abkommen wurden 1999 einberufen. Mittlerweile haben 10 Verhandlungsrunden stattgefunden und laut Fahrplan der EU soll noch im Oktober 2004 über das EU-MERCOSUR-Abkommen auf Ministerebene abgestimmt werden. Es gilt sich zu beeilen. Bereits im Mai 2001 mahnte Georg Boomgaarden, Beauftragter für Lateinamerikapolitik im Auswärtigen Amt: „Die Wirtschaft des MERCOSUR ist heute noch stärker auf Europa ausgerichtet als auf die USA. Wenn die deutsche und europäische Wirtschaft allerdings nicht aufpasst, kann

sich das mit Verwirklichung der für 2005 geplanten panamerikanischen Freihandelszone FTAA/ALCA schnell ändern. Ein Markt wie der MERCOSUR mit einem größeren Sozialprodukt als das Chinas, ein Markt, in dem Europa traditionell sehr gut positioniert ist, braucht mehr Aufmerksamkeit. Global denken, heißt auch, alle Weltteile zu beobachten und nicht nur diejenigen, die gerade in Mode sind.“⁷

Und, „wenn die ‚Free Trade Area of the Americas‘ früher zu Stande kommt als unser Freihandelsabkommen mit den Ländern des MERCOSUR, könnten wir empfindliche Einbußen haben“, fürchtet auch Ludwig-Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und Vorsitzender der Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft.⁸

Ist mit den EU-MERCOSUR-Verhandlungen ein wichtiger Teil Südamerikas an bilaterale Abkommen geknüpft, hat die EU durch andere Kooperationsverträge den Handel auch mit weiteren lateinamerikanischen Märkten liberalisiert. Besonderes Kennzeichen dieser sogenannten „Abkommen der 2. Generation“ sind eine Verbindung der bisherigen Programme der Wirtschaftsförderung mit politischen Inhalten, wie „Menschenrechten“, „Demokratisierung“ und „good governance“, sowie entwicklungspolitischen Zielsetzungen, wie beispielsweise „Armutsbekämpfung“ und „nachhaltiger Entwicklung“. Der „Idealtypus“ dieser neuen Generation von Handelsabkommen beinhaltet neben einer „Institutionalisierung des politischen Dialogs über die Wahrung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien“ auch die Schaffung „einer WTO-kompatiblen Freihandelszone (...) einschließlich einer graduellen Liberalisierung im Agrar- und Dienstleistungssektor, die Liberalisierung der geistigen Eigentumsrechte, der Finanzkapitalbewegungen und des öffentlichen Beschaffungswesens.“⁹

Zu folgenden Wirtschaftsräumen bzw. Staaten Lateinamerikas regeln bereits heute Abkommen die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika: *Andengemeinschaft, Zentralamerika, Chile und Mexiko*. Außerdem ist die EU mit den *karibischen Staaten* vor allem durch das sogenannte AKP-Vertragswerk Lomé IV und sein Nachfolgeabkommen Cotonou, verbunden.

Das 1993 abgeschlossene Kooperationsabkommen zwischen EU und der Andengemeinschaft bildete die Grundlage für ein am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnetes Abkommen, welches als mit-

telfristige Perspektive die Errichtung einer bi-regionalen Freihandelszone enthält. Ebenfalls am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnet, wurde das Abkommen zwischen der EU und dem Wirtschaftsblock Zentralamerikas, zu dem Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama zählen. Dieses wurde auf der Grundlage eines 1999 in Kraft getretenen Rahmenabkommens anlässlich des zweiten Gipfeltreffens der EU mit den Staaten Lateinamerikas in Madrid (2002) vereinbart.



Die EU-Mitgliedstaaten, die EU-Kommission und Chile haben im Vorfeld des zweiten EU-Lateinamerika Gipfels ein Assoziationsabkommen ausgearbeitet, das im November 2002 unterzeichnet wurde. Es ist nach Angaben der EU-Kommission derzeit das umfassendste Abkommen mit einem Drittstaat. Kernbestandteil ist die Errichtung einer Freihandelszone EU-Chile innerhalb von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens. Dabei schließt es „die progressive Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen, den politischen und kulturellen Dialog sowie praktisch alle Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit“¹⁰ mit ein.

Zwischen der EU und Mexiko ist am 01.07.2000 ein Freihandelsabkommen in Kraft getreten. Dieses erfasst 95% des derzeitigen Warenhandels und sieht die

weitgehende Beseitigung aller Diskriminierungen im Dienstleistungsverkehr vor. Die schrittweise Umsetzung der Zollfreiheit für alle gewerblichen Waren soll bis 2007 erfolgen. Das sogenannte Globalabkommen, beschlossen 1997, in Kraft getreten im Oktober 2000, bildet die Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und Mexiko. Entsprechend dem „Idealtypus“ der Abkommen Zweiter Generation wird auch in diesem in Artikel 1 feierlich die sogenannte Menschenrechts- und Demokratieklausele erklärt:

„Durch den Respekt für demokratische Prinzipien und die in der Universellen Menschenrechtserklärung festgeschriebenen Menschenrechte, unterstreichen beide Vertragspartner ihre politischen Bestrebungen und die wesentlichen Elemente dieses Abkommens.“¹¹

Dass im Paragraphen 1 des Vertrages mit der EU die Achtung von Demokratie und Menschenrechten festgeschrieben ist, kommentiert Alberto Arroyo, Vertreter des freihandelskritischen Netzwerks RMALC aus Mexiko-Stadt so: „Der einzig ausgearbeitete Teil widmet sich dem Freihandel. Was den politischen Dialog und die Menschenrechte betrifft, sind nicht einmal Kontrollmechanismen festgelegt worden.“¹²

Freihandel? - Ausbeutung!

Noch vor Inkrafttreten des Freihandelsabkommens äußerte Alfonso Moro vom Netzwerk gegen Freihandel seine Befürchtungen darüber, wer die eigentlichen Profiteure des Abkommens sein werden: „Der Anteil mexikanischer Produkte, welche auf dem europäischen Markt konkurrieren können, ist sehr klein. Dazu kommt, dass von den zehn wichtigsten Exportprodukten Mexikos in die EU, sieben von europäischen Unternehmen in Mexiko hergestellt werden.“ Letztlich profitieren daher hauptsächlich europäische Unternehmen von der Handelsöffnung, ähnlich wie US-Konzerne vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen

NAFTA begünstigt wurden. Dieses, seit gut 10 Jahren bestehende Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko hat gerade in Mexiko zu verschärften sozialen Spannungen und gewachsener Armut geführt.

Auch im restlichen Lateinamerika haben 20 Jahre neoliberaler Umbau durch Privatisierung von Dienstleistungsunternehmen, Liberalisierung der Handelsbeziehungen und Deregulierung der Märkte die Verarmung weiter Bevölkerungsteile vorangetrieben. Die Ergebnisse sind verheerend: Mehr als die Hälfte der 400 Millionen LateinamerikanerInnen können ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen. Fast 91 Millionen Menschen in Lateinamerika fielen in den letzten 20 Jahren unter die Armutsgrenze. Allein in den vergangenen sechs Jahren waren es 23 Millionen

Letztlich profitieren daher hauptsächlich europäische Unternehmen von der Handelsöffnung, ähnlich wie US-Konzerne vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA begünstigt wurden.

LateinamerikanerInnen, die aus der sozialen Schicht der Mittelklasse in die der Armut gerieten.¹³ „Lateinamerika und die Karibik ist eine der Regionen mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit“, wie David de Ferranti, Vizepräsident der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik den hauseigenen Report „Inequality in Latin America & the Caribbean: Breaking with History?“ zusammenfasst. Weiter führt er aus, „dass Lateinamerika eine hochgradige Ungerechtigkeit in Bezug auf Einkommen, dem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasser und Elektrizität aufweist.“¹⁴ Der Bericht kam zu dem Ergebnis, dass fast die Hälfte (48%) des in Lateinamerika erbrachten Einkommens vom reichsten Zehntel der Bevölkerung und dagegen vom ärmsten Zehntel der Bevölkerung gerade mal 1,6 % erzielt werden. Darüber hinaus belegt der Report eine weiter anhaltende Ungleichheit zwischen der „weißen“ und indigenen Bevölkerung Lateinamerikas in Bezug auf Bereiche wie Einkommenshöhe, Bildungschancen, Zugang zu Infrastruktureinrichtungen u.a.

Der Co-Autor der Weltbank-Studie und Chef-Ökonom der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik, Guillermo Perry, benennt eine grundlegende „institutionelle Reform“ als den Schlüsselfaktor

für eine Veränderung der Ungerechtigkeit in Lateinamerika. Dafür sei es notwendig, dass zivilgesellschaftliche Kräfte mehr Einfluss in den politischen und sozialen Institutionen bekommen. Um solche Einflussnahme zu erreichen, „müssen diese Institutionen völlig offen, transparent, demokratisch und partizipativ“¹⁵ gestaltet werden.

Diesen Erfordernissen kommen die bisherigen bi-regionalen Verträge und Handelsabkommen zwischen EU und lateinamerikanischen Ländern jedoch nicht nach. Klaus Schilder (WEED) befürchtet, „dass die EU Menschenrechts- und Demokratieforderungen nicht zum zentralen Anliegen der Abkommen macht, sondern vielmehr ihren wirtschaftlichen Freihandelsinteressen unterordnet. Praktisch nicht vorhanden sind in fast allen EU-Abkommen Hinweise auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen in einen strukturierten und umfassenden Dialogprozess.“¹⁶

Auch wenn sich die europäischen Verhandlungsführer im weltweiten Poker um Märkte von den US-amerikanischen Vertretern dadurch unterscheiden, dass sie kompensatorische Maßnahmen in Form von Entwicklungs- und Hilfsprogrammen zum Aufbau gesunder Sozialstrukturen unerlässlich halten und bemerken, dass wirtschaftliche Öffnung nicht automatisch zu Entwicklung führe, ist das angestrebte Entwicklungsmodell das gleiche: Das neoliberale Paradigma, das die Entwicklung in einen engen Zusammenhang mit dem Freihandel stellt. Völlig ignoriert wird dabei die Bedeutung der strukturellen Asymmetrie der an den Abkommen beteiligten Volkswirtschaften.

So fällt das Urteil des Netzwerks gegen Freihandel RMACL entsprechend hart aus: „Europa ist ein Imperium und führt sich hier genauso auf wie die USA.“¹⁷

Anmerkungen

¹ Länder des am 26. März 1991 beschlossenen Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercado Común del Cono Sur) „MERCOSUR“ sind: Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay. Mit Venezuela werden Gespräche geführt, und Chile sowie Bolivien sind assoziierte Mitglieder.

² Vgl. Andreas Behn: Differenzierte Kritik - Auf Gegenveranstaltungen zu WTO-Treffen wird auch über die Freihandelszonen diskutiert. In: Poonal Nr. 589 v. 9. September 2003; Denise Mendez, Das Großmanöver des Neoliberalismus in Lateinamerika. In: Grain de Sable Nr. 464, 14.4.2004, übersetzt und veröffentlicht

von attac-Österreich. Quelle: http://www.attac-austria.org/sandimgetriebe/spip151/article.php3?id_article=152 [4.9.04]

³ Claudia Torrelli: EU-MERCOSUR - Wiederholungstäter EU beim Latino-Freihandelspoker. In: GERMANWATCH (Hrsg.): Blickpunkt Welthandel, Jg. 2, Nr. 2., April 2004

⁴ Christian Russau (FDCL -Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.): Durchsetzung internationaler Handelsregime zwischen Europäischer Union (EU) und dem Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR)? - Ausländische Direktinvestitionen als Gegenstand der Freihandelsverhandlungen im Spannungsfeld von Investorenrechten, Entwicklung und Menschenrechten. (EU - MERCOSUR Bulletin N°1, Januar 2004)

Quelle: <http://www.handel-entwicklung-menschenrechte.org/fileadmin/christian/FDCL-EU-MERCOSUR-BulletinNr1-Jan2004.pdf> [3.9.04]

⁵ Dr. Volmer vor dem Deutschen Bundestag anlässlich der Lateinamerika-Debatte am 16. Mai 2002. Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=3158 [4.9.04]

⁶ Vgl. EU-MERCOSUR: Ministertagung legt Fahrplan für Freihandelsverhandlungen fest. Trade Issues, Brüssel, 12. November 2003, Quelle: http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/MERCOSUR/pr121103_de.htm [3.9.04]

⁷ Georg Boomgaarden, Beauftragter für Lateinamerikapolitik im Auswärtigen Amt.: Deutsche Lateinamerikapolitik unter Bedingungen der Globalisierung. Frankfurt/Main, den 8. Mai 2001. Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=1521

⁸ Zit. nach: Informationen zur Deutschen Außenpolitik: „Wettlauf EU - USA in Südamerika“. 14.02.2002, Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1013641200.php> [4.9.04]

⁹ Klaus Schilder (WEED): Regionalisierung unter neoliberalem Vorzeichen? Die polit-ökonomische Geographie der EU-Handelspolitik, 10.06.2003, <http://www.weed-online.org/artikel/18513.html> [3.9.04]

¹⁰ Auswärtiges Amt: Beziehungen EU-Lateinamerika, Stand Mai 2004, Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/eu_aussenbez/lateinamerika_html#1 [7.9.04]

¹¹ Official Journal of the European Communities L 276/45: „Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement between the European Com-

munity and its Member States, of the one part, and the United Mexican States, of the other part“. 28.10.2000 Quelle: http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2000/l_276/l_27620001028en00450061.pdf [3.9.04]

¹² Zit. n. Boris Kanzleiter: Transatlantischer Freihandel frustriert Gewerkschaftler. In: Poonal Nr. 426 v. 27.3.2000. Quelle: <http://www.npla.de/poonal/p426.htm> [7.9.04]

¹³ Vgl. AFP-Meldung. In: La Jornada, 1.6.2004. Quelle: <http://www.jornada.unam.mx/2004/jun04/040601/022n1eco.php?origen=index.html&fly=1> [4.9.04]

¹⁴ Vgl. Weltbank-Bericht: „Inequality in Latin America & the Caribbean: Breaking with History?“ Mexiko-City, 7. Okt. 2003. Quelle: <http://lnweb18.worldbank.org/LAC/LAC.nsf/ECADocByUnid/12F1114F594B4B85256DB3005DB262?Opendocument> [4.9.04]

¹⁵ Vgl. Weltbank-Bericht. ebenda.

¹⁶ Klaus Schilder (WEED): Regionalisierung unter neoliberalen Vorzeichen? Die polit-ökonomische Geographie der EU-Handelspolitik, 10.06.2003, <http://www.weed-online.org/artikel/18513.html> [3.9.04]

¹⁷ Alberto Arroyo vom freihandelskritischen Netzwerk RMACL aus Mexiko-Stadt. Zitiert nach: Wolf Dieter Vogel: Kampf um Mercados. In: Jungle World, Nummer 23 vom 26. Mai 2004



Wer regiert Europa?

Die neue Hegemonialordnung der Europäischen Verfassung

von Andreas Wehr

Der heutige Sozialstaat „sei erkämpft gegen den nationalen Kapitalismus. Aber den gibt es nicht mehr.“ So Franz Müntefering auf dem SPD-Sonderpartei-tag am 21. März 2004. Es gehört zu den gängigen Argumentationsmustern neoliberaler Politik, die ökonomischen und politischen Entscheidungszentren im Nirgendwo der Globalisierung verschwinden zu lassen, um damit jegliche Gegenwehr für sinnlos, da ortlos zu erklären. Dies gilt vor allem für die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union, die aufgrund des komplizierten Zusammenspiels bei der Gesetzgebung von nationalen Regierungen, Europäischer Kommission und in manchen Fällen auch des Europäischen Parlaments als besonders verworren, unübersichtlich und daher kaum beeinflussbar erscheinen. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass diese Prozesse nicht mehr mit den herkömmlichen Mustern der Analyse nationalstaatlicher Machtentfaltung erklärt werden können.

Doch selbst kritische Analysen der europäischen Integration, die Hegemonie auf internationaler Ebene als eine Herrschaftsstruktur bezeichnen, die „wesentlich auf den Konsens der Beherrschten beruht, ohne allerdings Dominanz und Zwang auszuschließen“¹, kommen an der Feststellung nicht vorbei, dass „grundsätzlich davon auszugehen ist, dass die nationale Handlungsarena und demzufolge auch die Apparate und Agenturen des Nationalstaats für die Reproduktion der gesellschaftlichen und globalen Machtstrukturen noch immer zentral sind.“²

Der Untersuchung der Mechanismen, wie nationale Macht diese transnationalen Strukturen konstituiert, mit deren Hilfe sie wiederum die Reproduktion ihrer jeweiligen nationalen Gesellschaftsordnungen organisiert, absichert und sich in diesem Prozess selbst verändert bzw. verändert wird, kommt demnach zentrale Bedeutung zu. Im Folgenden soll dies an Hand des vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassungsentwurfs näher beleuchtet werden.³ Es soll gezeigt werden, wie die EU mittels dieser Verfassung aus einer staatenbündischen Ordnung in eine Hegemonialordnung überführt werden soll, die zukünftig von den großen europäischen Mächten, mit Deutschland im Zentrum, bestimmt wird.⁴ Dass dieser Prozess keineswegs widerspruchsfrei verläuft, zeigte sich bereits beim ersten, gescheiterten Versuch, die Europäische Verfassung auf der Ratstagung im Dezember 2003 durchzusetzen. Der Anlass des Scheiterns, der Streit über die Stimmenzahl von Polen und Spanien bei den Abstimmungen im Europäischen Rat und im Ministerrat, war dabei keinesfalls zufällig. Es handelte sich um nichts anderes als um einen Streit über den zukünftigen Einfluss einzelner Nationalstaaten, und hier vor allem ihrer jeweils herrschenden Klassen, auf die Entscheidungen in der Union. Er berührte damit den Kern der Organisation nationaler Macht in einer transnationalen Machtstruktur.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Europäischen Konvents war es, Vorschläge für den institutionellen Aufbau der EU

vorzulegen, mit denen die sogenannten „Left-overs“, jene seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 ungelöst gebliebene Fragen, geregelt werden sollten. Bei ihnen geht es bekanntlich um die zukünftige Größe der Europäischen Kommission, das Abstimmungsverfahren im Ministerrat und um die Ausweitung der Entscheidungen dort mit qualifizierten Mehrheiten. Ihre Neuregelung wird offiziell für unumgänglich gehalten, um die Union nach ihrer Erweiterung auf 25 Staaten handlungsfähig zu halten. Tatsächlich geht es aber in erster Linie darum, den Einfluss der dominierenden Mitgliedstaaten der Alt-EU auch nach dem Beitritt einer ganzen Reihe kleiner, aber dennoch mit voller Souveränität ausgestatteter Staaten möglichst ungeschmälert zu erhalten. Zumal mit der Osterweiterung einige Länder hinzukommen, die innenpolitisch als instabil gelten müssen und denen man bei Beibehaltung einstimmiger Beschlussverfahren in wichtigen Fragen unberechenbare Blockadehaltungen zutraut.⁵

Eine verkleinerte Europäische Kommission

Im Anschluss an den Beitritt der zehn neuen Staaten wird bei der für November 2004 anstehenden Neuwahl der Kommission die Zahl ihrer Mitglieder auf 25 ansteigen, da nach dem Vertrag von Nizza „der Kommission ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedslandes angehört.“ Nach verbreiteter Ansicht behindert eine solch große Zahl von Kommissaren die Arbeitsfähigkeit dieses Gremiums. Einige Staats- und Regierungschefs hatten deshalb im Dezember 2000 auf der Tagung des Europäischen Rats in Nizza versucht, eine Regelung durchzusetzen, nach der die Kommission im Anschluss an die EU-Erweiterung wieder verkleinert werden kann. Dies stieß aber auf den entschiedenen Widerstand der mittleren und kleineren Mitgliedsländer und der in Nizza bereits mit am Tisch sitzenden Beitrittsstaaten. Sie sahen in dem national ausgewählten Kommissar eine unverzichtbare Möglichkeit ihrer Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung der Kommission. So erreichten die auf Verkleinerung der Kommission drängenden Länder, unter ihnen in erster Linie Frankreich und Deutschland, lediglich die Verabschiedung einer sogenannten „Rendezvous-Klausel“, was heißt, dass man sich allein darauf verständigen konnte, die Frage später erneut aufzugreifen.

Da aber ungewiss ist, ob sich der Rat künftig wirklich auf eine substanzielle Reduzierung der Zahl der Kommissions-



mitglieder und damit auf die Straffung ihrer Arbeit wird einigen können, war es das Ziel des Konvents, dieses Problem jetzt zu lösen. Nach Art. I-25 Abs. 3 des Konventsentwurfs wird die Zahl der Kommissare auf insgesamt 15 begrenzt: „Die Kommission besteht aus einem Kollegium, das sich aus ihrem Präsidenten, dem Außenminister der Union, der Vizepräsident ist, und aus dreizehn Europäischen Kommissaren, die nach einem System der gleichberechtigten Rotation zwischen den Mitgliedstaaten ausgewählt werden, zusammensetzt.“ Um den Staaten, die noch in Nizza hartnäckig an „ihrem Kommissar“ festhielten, diese Reduzierung schmackhaft zu machen, wurde die Funktion des „Kommissars ohne Stimmrecht“ geschaffen, der wenigstens für die gleichzeitige Präsenz aller Mitgliedstaaten am Kommissionstisch sorgen soll.

Kaum beachtet wurde bisher, dass nach dem Konventsentwurf die Stellung des Kommissionspräsidenten erheblich gestärkt wird. Ihm fällt zukünftig nach Art. I-26 Abs. 2 das Recht zu, die übrigen Kommissionsmitglieder zu benennen. Er wählt dazu aus einer Liste von drei Personen aus, die jeder Mitgliedstaat erstellt. Gegenwärtig ist es nach Art. 124 EG-Vertrag noch der Europäische Rat, der im Einvernehmen mit dem Kommissionspräsidenten über die auf Grundlage der Vorschläge der Mitgliedstaaten zusammengestellte Liste der Kommissare mit qualifizierter Mehrheit beschließt. Dabei sind die Vorschläge der EU-Länder in der Regel allein ausschlaggebend. Nach den Vorstellungen des Konvents erhält der Kommissionspräsident künftig auch die Möglichkeit, einzelne Kommissionsmitglieder entlassen zu können. Schließlich bekommt er nach Art. I-26 Abs. 3 eine Kompetenz für Leitlinien, „nach denen die Kommission ihre Arbeit ausführt“.

Eine weitere Konzentration der Macht innerhalb der Kommission würde sich ergeben, wenn der erst nach Abschluss der Arbeit des Konvents von den Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands vorgelegte Vorschlag Wirklichkeit werden würde, einen Vizepräsidenten der Kommission für die Wirtschaftskoordinierung zu schaffen.⁶ Und natürlich soll dieser Vizepräsident aus einem dieser drei Länder kommen, wobei das deutsche Kapital daran denkt, jemand aus seinem Land in dieses Amt zu bringen.⁷

In einer verkleinerten Kommission, deren Mitglieder von ihrem Präsidenten ausgewählt werden, verstehen sich die Kommissare kaum noch als Vertreter

ihres Entsendestaates. Mit einer deutlich gestärkten Rolle des Kommissionspräsidenten und schließlich mit dem neu geschaffenen Amt des Außenministers der Union, der zugleich Vizepräsident der Kommission ist, würde dieses Gremium schon sehr dem Bild einer klassischen Regierung ähneln. Vor diesem Hintergrund fällt um so schwerer ins Gewicht, dass der Kommissionspräsident auch zukünftig nicht frei vom Europäischen Parlament gewählt werden kann. Das dazu vom Konvent in Art. I-26 vorgesehene Verfahren sieht in Absatz 1 vor: „Unter Berücksichtigung der Wahlen zum Europäischen Parlament schlägt der Europäische Rat diesem im Anschluss an entsprechende Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Erhält dieser Kandidat nicht die Mehrheit, schlägt der Europäische Rat dem Europäischen Parlament innerhalb eines Monats einen neuen Kandidaten vor, wobei dasselbe Verfahren wie zuvor angewandt wird.“ Die entscheidende Vorauswahl bleibt dem Europäischen Rat vorbehalten.

Die Stärkung des Europäischen Rats

Der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs, das nach Art. I-20 „der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse gibt und ihre allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten festlegt“, soll ebenfalls gestärkt und seine Arbeit gestrafft werden. Die Schaffung des Amtes eines hauptamtlichen Ratspräsidenten war im Konvent lange Zeit umstritten gewesen. Die kleineren und mittleren Länder sahen in ihm das Symbol eines Direktoriums der großen Mitgliedstaaten. Auch lehnten sie die damit verbundene Abschaffung der halbjährlichen Rotation der Ratspräsidentschaft ab, da dies den Verlust von Möglichkeiten zur Beeinflussung der Arbeit des Rates bedeutet.

Der Streit über die Abstimmungsregelung im Ministerrat und Europäischen Rat

Der Beitritt von nicht weniger als zehn Staaten, denen mit Bulgarien und Rumänien und womöglich der Türkei bald weitere folgen werden, wird die Union grundlegend verändern. Ein Berater des Konventmitglieds Erwin Teufel beschrieb diese Herausforderung wie folgt: „Mit Blick auf die bevorstehende Erweiterung der EU von 15 auf 25 und mehr Mitgliedstaaten war in den neunziger Jahren klar

geworden, dass die große gesamteuropäische Union des 21. Jahrhunderts einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung bedarf, um handlungsfähig zu bleiben.“ Und unter Handlungsfähigkeit wird dabei immer auch die Wahrung des eigenen, deutschen Interesses verstanden.

Der Europäische Rat legte im Dezember 2000 in Nizza die Regeln für die Abstimmungen im Ministerrat und Rat neu fest. Der Einfluss der bevölkerungsstarken Staaten wurde dabei vergrößert. Frankreich beharrte jedoch darauf, mit 29 der so genannten „gewichteten“ Stimmen gleich viel wie Deutschland zu erhalten. Ebenfalls 29 bekamen Italien und Großbritannien. Polen und Spanien wurden jeweils 27 zugestanden. Nun wurde in jüngster Zeit immer wieder als Skandal herausgestellt, dass Polen und Spanien noch nicht einmal zusammen über so viel Einwohner wie Deutschland verfügen und dennoch jeweils nur zwei Stimmen weniger haben. Übersehen wurde dabei allerdings, dass ihr Abstand bei der Bevölkerungszahl zu Frankreich, Italien und Großbritannien geringer ist als die Differenz der jeweiligen Bevölkerungszahl dieser drei Länder zu Deutschland. Das Ungleichgewicht bei der Stimmenverteilung entstand also dadurch, dass in Nizza vier Ländern die gleiche Stimmenzahl von 29 gegeben wurde, obwohl Deutschland sehr viel größer als die übrigen drei ist.

In Nizza wurde aber auch erstmalig die Berücksichtigung des demografischen Faktors bei Abstimmungen beschlossen. Zukünftig kann ein Beschluss angefochten werden, wenn er nicht mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentiert. Die Bevölkerungsquote kann aber nur angewandt werden, um Beschlüsse zu verhindern, sie vermag nicht, bei Abstimmungen Stimmendefizite auszugleichen. In einer Analyse des Ergebnisses von Nizza heißt es zu den Konsequenzen der Einführung dieses demografischen Faktors: „Spielt man die verschiedenen Staatenkonstellationen durch, zeigt sich, dass die Bevölkerungsquote nur Deutschland als dem größten Mitgliedstaat zusätzliche Blockademöglichkeiten eröffnet. (...) Unter Berufung auf das Bevölkerungserfordernis erreicht Deutschland eine Sperrminorität schon dann, wenn es einen zweiten und einen der kleinen Staaten (außer Luxemburg) auf seiner Seite hat. Ähnlich verhält es sich auch nach Aufnahme der zwölf Kandidatenländer. Deutschland kann dann mit seinem Bevölkerungsanteil Entscheidungen verhindern, wenn es die Unterstützung von zwei der drei nächst größeren Staaten findet. Alle

anderen Staaten brauchen hierfür mindestens drei Partner. Letztlich gleicht das demographische Netz also die deutsche Unterrepräsentation bei der Stimmengewichtung wieder aus, jedenfalls im (negativen) Sinne einer Sperrminorität. (...) Die eigentliche und wichtigste Neuerung ist die erleichterte Blockademöglichkeit durch Deutschland mit Hilfe der Bevölkerungsklausel.“⁸

Der Konventsvorschlag sieht nun in Art. I-24 vor, diesen demografischen Faktor zu einer von zwei Bedingungen für das Zustandekommen eines jeden mit qualifizierter Mehrheit gefassten Beschlusses zu machen: „Beschließt der Europäische Rat bzw. der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit, so muss diese der Mehrheit der Mitgliedstaaten entsprechen und mindestens drei Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentieren.“ Bei 25 Mitgliedstaaten können demnach bis zu 12 Staaten überstimmt werden. Bei 450 Millionen Unionsbürgern umfasst die überstimmbare Minderheit von 40 Prozent immerhin ca. 180 Millionen EU-Bürger.

Was würde sich bei der Annahme dieses Konventsvorschlags konkret ändern? Nach dem geltenden Vertrag von Nizza sind für eine qualifizierte Mehrheit erforderlich: In der auf 25 Staaten erweiterten EU mindestens 72,3 Prozent der sogenannten gewichteten Stimmen, eine Mehrheit der Mitgliedstaaten und, sollte dies von einem Mitgliedstaat verlangt werden, der Nachweis, dass die hinter dem Beschluss stehende qualifizierte Mehrheit im Ministerrat zumindest 62 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentiert.

Sollte die Bevölkerungszahl, wie es der Konventsentwurf nun vorsieht, als positives Kriterium an die Stelle der gewichteten Stimmen treten, so würden sich die Machtverhältnisse zwischen den Staaten

Die EU wird mittels dieser Verfassung von einer staatenbündischen Ordnung in eine Hegemonialordnung überführt, die zukünftig von den großen europäischen Mächten, mit Deutschland im Zentrum, bestimmt wird.

erheblich verschieben. Begünstigt wären davon die vier bevölkerungsstärksten Länder, und hier insbesondere wiederum Deutschland. Da die Länder Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland gegenwärtig jeweils 29 gewichtete Stimmen haben, beträgt ihr prozentualer Anteil an den 345 Gesamtstimmen nach der Erweiterung nur jeweils 8,4 Prozent. Ganz anders sähe es hingegen aus, wenn die Bevölkerungszahl zu dem entscheidenden Kriterium wird. Dann würde sich allein der Anteil Deutschlands glatt auf 17 Prozent verdoppeln. Die Anteile Frankreichs, Großbritanniens und Italiens würden sich auf immerhin noch jeweils ca. 12 Prozent erhöhen. Da sich aber die von Spanien und Polen nur geringfügig von 7,8 auf 8 Prozent vergrößern, ginge der Einfluss dieser beiden Staaten zurück. Dies ist denn auch der Grund für ihren bislang hartnäckigen Widerstand

gegen die vom Konvent vorgeschlagenen Abstimmungsregeln.⁹

Betrachtet man nun die möglichen Rückwirkungen des Konventsvorschlags auf denkbare Konstellationen bei Koalitionsbildungen im Ministerrat und Europäischen Rat, so ist bereits auf einen Blick erkennbar, dass die vier Großen mit zusammen 53 Prozent bereits fast die erforderlichen 60 Prozent erreichen würden. Für das Zustandekommen qualifizierter Mehrheiten bedarf es aber noch der Mehrheit der Mitgliedstaaten als zweites Erfordernis. Hier besitzt jeder Staat nur eine Stimme, egal ob es sich um Malta oder um Deutschland handelt. Da die vier großen Länder aber nur noch wenige Bündnispartner zum Erreichen der 60 Prozent-Schwelle bei der Bevölkerungszahl benötigen, werden sie bei der Suche nach einer Mehrheit der Mitgliedstaaten freier in ihrer Wahl. Nach dem Konventsvorschlag steigt daher auch die Bedeutung der kleinen Staaten, denn sie werden bei der Herstellung der einfachen Mehrheit der Mitgliedstaaten dringend gebraucht. Verlierer wären dagegen die mittelgroßen Staaten, neben Polen und Spanien die Niederlande aber auch Staaten mit jeweils rund zehn Millionen Einwohnern, wie Belgien, Griechenland, Portugal, Ungarn und die Tschechische Republik. Da mit der Einführung des demografischen Faktors ihr Gewicht zurückgeht, sinkt auch ihre Bedeutung als Bündnispartner.

Unterscheidet man bei möglichen Mehrheiten zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten, also zwischen der EU-15 und der



zukünftigen EU-25, so können die alten Mitgliedsländer nach den Vereinbarungen von Nizza ihre Mehrheit noch gerade so halten. Kommen aber Bulgarien und Rumänien (EU-27) dazu, so würden sie diese verlieren. Würde auch noch die Türkei (EU-28) Mitglied werden, so hätten die gegenwärtigen EU-Länder überhaupt keine Gestaltungsmehrheit mehr. Die neuen Mitglieder würden andererseits die ihnen nach dem Nizza-Vertrag zustehende Sperrminorität nach der Annahme des Verfassungsentwurfs verlieren. Weder in einer EU der 25, noch der 27 oder der 28 würden sie darüber noch verfügen.

Die Abstimmungsregelungen sind für die politischen Auseinandersetzungen in der EU von entscheidender Bedeutung, insbesondere bei der Ausfechtung der anstehenden Verteilungskonflikte. Dies gilt sowohl für die Neuordnung der gemeinsamen Agrarpolitik als auch für die Zukunft der Regional- und Strukturfonds. Verlieren die neuen Mitgliedstaaten ihre Sperrminorität, so wird es für sie sehr viel schwerer werden, etwa bei den Entscheidungen über die Reform der Regional- und Strukturpolitik ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Die von Transferleistungen der Union besonders abhängigen Kohäsionsländer (Spanien, Griechenland, Portugal, Irland und bald auch die mittelosteuropäischen Staaten) verfügen nach der geltenden Nizza-Regelung in der EU der 25 ebenfalls noch über eine Sperrminorität. Sollte aber die vom Konvent vorgeschlagene Regelung Anwendung finden, so würden auch sie sie verlieren. Schon allein deshalb wird wohl Spanien, auch unter der neuen sozialistischen Regierung, kaum der im Konventsentwurf vorgesehenen 60 Prozent-Klausel zustimmen können. Von der gegenwärtigen irischen Ratspräsidentschaft wurden daher bereits mögliche Quoren von 64 bzw. 66 Prozent genannt.

Die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierten Mehrheiten

Die gegenwärtig vertraglich festgeschriebene Notwendigkeit der Einstimmigkeit im Ministerrat bei vielen Entscheidungen wird als ein besonderes Hemmnis für die zukünftige Handlungsfähigkeit der Union angesehen. Zwar waren bereits bei den vorangegangenen Vertragsrevisionen von Maastricht, Amsterdam und Nizza immer mehr Bereiche hinzugekommen, in denen mit qualifizierten Mehrheiten im Ministerrat abgestimmt wird, der große Durchbruch war jedoch ausgeblieben. Nach dem Konventsentwurf sollen nun Entscheidungen mit qualifizierten Mehrheiten gemäß

Art. I-33 in Verbindung mit Art. III-302 zur Norm werden. Die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit wird daher auch als „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“ bezeichnet. Da dabei regelmäßig das Europäische Parlament mit einbezogen ist, wird es auch Mitentscheidungsverfahren genannt. Im Konvent wurde die konkrete Frage, welche einzelnen Entscheidungen zukünftig in diesem Mitentscheidungsverfahren getroffen werden sollen, so gut wie überhaupt nicht angesprochen. Diese Dinge sind im Teil III des Entwurfs geregelt, dessen Entwurf erst kurz vor Ende der Konventsarbeit präsentiert wurde.

Vielfach wird befürchtet, dass zukünftige Vertragsänderungen und damit auch eine weitere Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens angesichts von 25 und mehr EU-Staaten immer schwieriger werden, da jede einzelne Vertragsänderung ja von allen Staaten ratifiziert werden muss. Dies ist immer ein langwieriges und ein zudem ungewisses Verfahren, wie die überraschende Ablehnung des Nizza-Vertrages durch die irische Bevölkerung gezeigt hat. Es bestand deshalb

Nationale Macht verschwindet keineswegs, sondern reorganisiert sich auf transnationaler Ebene.

vor allem im Präsidium des Konvents ein großes Interesse daran, eine Regelung zu finden, mit der der Anwendungsbereich des Mitentscheidungsverfahrens ausgeweitet werden kann, ohne gleich ein offizielles Vertragsänderungsverfahren durchführen zu müssen. In Art. I-24 wird mit der sogenannten „Passarelle“ nun ein autonomes Vertragsänderungsverfahren vorgeschlagen. Danach kann der Europäische Rat nach einem Prüfungsverfahren von mindestens sechs Monaten von sich aus einstimmig einen Beschluss erlassen, wonach bisher einstimmig zu treffende Entscheidungen in den Bereich der mit qualifizierter Mehrheit zu treffenden Entscheidungen übertragen werden können. Damit wäre dem Europäischen Rat erstmals die Möglichkeit gegeben, das Entscheidungsverfahren für einzelne Fragen von sich aus in ein anderes Abstimmungsverfahren zu überführen, ohne zuvor den Vertrag ändern zu müssen.

Eine neue Hegemonialordnung wird erkennbar

Direkt nach dem Scheitern des ersten Anlaufs zur Verabschiedung der Europäischen Verfassung im Dezember 2003 wurde von den Regierungen in Berlin und

Paris der Eindruck erzeugt, als führe an der Schaffung einer kerneuropäischen Zusammenarbeit einiger weniger Mitgliedstaaten, gruppiert um die deutsch-französische Achse, kein Weg mehr vorbei.¹⁰ Inzwischen ist es um diesen Vorschlag wieder sehr ruhig geworden. Der deutsche Außenminister Fischer, der am Beginn der Verfassungsdiskussion im Mai 2000 noch von der Notwendigkeit eines „Gravitationszentrums“ um Deutschland und Frankreich gesprochen hatte¹¹, sieht nun in „klein-europäischen Vorstellungen“ nur noch Lösungen, die „die strategische Dimension des Kontinents nicht ausfüllen können.“¹² Und in einem Interview mit der FAZ sagte er auf die Frage, welche Inhalte der Humboldt-Rede er heute anders formulieren würde: „Es ist die Frage, ob eine kerneuropäische Perspektive außerhalb der Verfassung im heutigen Europa noch Bestand haben könnte.“¹³

Und in der Tat, warum sollte auch auf eine kerneuropäische Lösung orientiert werden, wo doch nach dem Verfassungsvertrag die vier großen Staaten zusammen nur noch dicht unterhalb der zur Erreichung qualifizierter Mehrheiten erforderlichen Grenze blieben? Und warum sollten neue, kerneuropäische Entscheidungsgremien mühsam aufgebaut werden, wo doch in einer deutlich verkleinerten Kommission die großen Staaten durch ihr gemeinsames Vorgehen im Rat mit Leichtigkeit die Schlüsselressorts des Kommissionspräsidenten, des europäischen Außenministers und auch eines möglichen Superkommissars für Wirtschaft unter sich verteilen könnten? Schon jetzt treffen sich die Regierungen der großen Länder in verschiedenen Koordinationsrunden mit unterschiedlichen Zusammensetzungen, um die politische Agenda der Ratssitzungen vorzubereiten.¹⁴ Man sieht: Nationale Macht verschwindet keineswegs im Nirgendwo, sondern reorganisiert sich auf transnationaler Ebene.

Verlierer dieser neuen Hegemonialordnung in der EU werden die mittleren und kleinen Mitgliedstaaten sein. Es ist daher zu erwarten, dass der stärkste Widerstand gegen den Verfassungsvertrag von den kritischen Öffentlichkeiten dieser Länder kommen wird. Vor allem in Skandinavien, insbesondere in Dänemark und Schweden, gibt es ein waches Bewusstsein über den engen Zusammenhang zwischen der Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU und dem Abbau des Wohlfahrtsstaates. Wie man aber zukünftig mit Störenfrieden, insbesondere aus den osteuropäischen Staaten, zu sprechen

gedenkt, demonstrierte schon einmal der Leiter des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), Werner Weidenfeld, in seiner Wut über das Scheitern des EU-Gipfels im Dezember 2003: „Polen wird sehr schnell spüren, was es bedeutet, alleine den historischen Kurs Europas aufhalten zu wollen. Von der Finanzplanung bis zur Strukturpolitik wird der polnischen Regierung ein eisiger Wind ins Gesicht wehen - was naturgemäß die Verhandlungsbereitschaft wachsen lässt und die innenpolitische Bereitschaft zum Kompromiss fördert.“¹⁵

Es ist zu erwarten, dass dieser Ton nicht unbeantwortet bleiben wird. Vor allem in den Beitrittsstaaten wird er auf empfindliche Ohren treffen. In Malta und Zypern ist die Erinnerung an die eigene Vergangenheit als Kolonie noch sehr lebendig. Und bei Slowenien, der Slowakei und den drei baltischen Staaten handelt es sich um Länder, die erst Anfang der neunziger Jahre ihre staatliche Souveränität überhaupt begründen bzw. neu erringen konnten. Aber auch die früheren Mitgliedsländer der Warschauer Vertragsorganisation werden sich an die erst kürzlich vergangene Zeit der „eingeschränkten Souveränität“ erinnert fühlen.

Hier zeichnen sich neue Reibungsflächen oder gar Bruchlinien einer erweiterten EU ab, da in einer wachsenden Zahl von Staaten die Bereitschaft zur Hinnahme weiterer weitreichender Souveränitätsverzicht abnimmt.¹⁶ Mit dem Verfassungsvertrag werden nun aber gerade jene Bestimmungen für eine neue europäische Ordnung festgelegt, mit denen der Kern über die Peripherie der EU seine Hegemonie entwickeln kann. Von der Entscheidung über diese Verfassung wird daher der gesamte weitere Weg der Europäischen Union abhängen.

Anmerkungen

¹ Robert W. Cox, Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie internationaler Beziehungen; in: ders., Weltordnung und Hegemonie in der Internationalen Politischen Ökonomie, FEG-Studie Nr.11, Marburg 1998, S. 26-28.

² Hans-Jürgen Bieling, Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen, in: Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hrsg.), Eurokapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg 2003, S. 45.

³ Der vom Konvent am 18. Juli 2003 vorgelegte „Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa“ wird entsprechend seinen Teilen mit römischen

Ziffern wiedergegeben.

⁴ Vgl. Andreas Wehr, Europa ohne Demokratie? Die europäische Verfassungsdebatte – Bilanz, Kritik und Alternativen, Köln 2004, hier insbesondere S.39-81.

⁵ Einen Vorgeschmack darauf erhielt die europäische Öffentlichkeit bereits mit dem von einigen polnischen Politikern formulierten Kampftruf „Nizza oder Tod“, mit dem sie in der Auseinandersetzung um den Verfassungsentwurf ihren unbeugsamen Willen unterstrichen, an der auf dem Gipfel von Nizza gefundenen Stimmenverteilung im Europäischen Rat und im Ministerrat festzuhalten, die Spanien und Polen privilegiert.

⁶ Über einen solchen „Superkommissar“ heißt es in der FAZ: „Die europäischen Regierungschefs sollten aus ihrem Kreis sowie in Übereinstimmung mit dem Europaparlament eine Art Broker ernennen, fordern einige hinter verschlossenen Türen. Dieser sollte sich mit einem qualifizierten Mitarbeiterstab und möglichst ungebremst von institutionellen Verflechtungen den größten Problemen widmen und Lösungsvorschläge unterbreiten.“ FAZ vom 9.3.2004 „Ein Broker für Brüssel“.

⁷ „Auch bei der Besetzung des voraussichtlichen Vizepräsidenten der EU-Kommission für die Wirtschaftskoordination zum 1. November könnte Frankreich der Bundesregierung den Rang ablaufen, warnen deutsche Wirtschaftsfachleute.“ FAZ vom 16.3.2004 „Berlin will EU-Gesetzgebung schneller übertragen“.

⁸ Thomas Widmann, Der Vertrag von Nizza – Genesis einer Reform, in: Euro-people, Heft 2, 2001, S.206.

⁹ „Gewinner des Konvents-Modells wäre Deutschland. Denn hier würde der Tatsache Rechnung getragen, dass die deutsche Bevölkerung mit Abstand die größte in der EU ist. Im Nizza-Vertrag hat Deutschland noch genauso viele Stimmen wie die anderen drei großen Mitgliedsländer“, FAZ vom 2.2.2004 „Die Macht der Prozenze“. Vgl. auch Andreas Wehr, Kommt jetzt die große Krise? in: Marxistische Blätter, H.1/2004.

¹⁰ Vgl. etwa den Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 15.12.2003 unter der Schlagzeile „Kerneuropa rückt näher“. Die Überschrift im Handelsblatt vom 16.12.03 lautete gar „Romano Prodi segnet Kerneuropa ab“.

¹¹ Vgl. Rede des Bundesaußenministers Fischer am 12.5.2000 in der Berliner Humboldt-Universität „Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken zur Finalität der europäischen Integration“.

¹² Jan Ross, Mehr Welt, weniger Nabel –

Kerneuropa ist tot, meint Joschka Fischer. Es lebe das strategische Europa, in: Die Zeit vom 4.3.2004.

¹³ FAZ vom 6.3.2004 „Die Rekonstruktion des Westens“.

¹⁴ Eine solche fest etablierte informelle Runde existiert bereits unter den EU-Innenministern Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Spaniens. Dieser Kreis trifft sich etwa zweimal im Jahr und spricht die wichtigsten Vorhaben im Bereich der EU-Innenpolitik ab. Die Verteidigungsminister Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Luxemburgs wiederum verabredeten auf dem sogenannten Brüsseler „Prälinengipfel“ im April 2003 eine enge militärische Zusammenarbeit. Nach der erfolgten Klarstellung, dass es bei dieser Koordination nicht um eine Konkurrenz zur NATO gehe, zeigt nun auch Großbritannien Interesse daran. Und schließlich könnte aus dem Treffen der Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs von Anfang März 2004 jenes „Direktorium“ der EU entstehen, vor dem etwa die italienische Regierung bereits warnte.

¹⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 18.12.2003 „Europas historische Chance“. Das CAP wird gemeinsam von der Münchener Maximilians-Universität und der Bertelsmann-Stiftung getragen. Es hat als Think Tank durch Veranstaltungen und Schriften, etwa durch die Herausgabe des Info-Dienstes „Spotlight“, die Konventsarbeit ständig begleitet und zu beeinflussen versucht. Mitarbeiter im Konzern Bertelsmann ist auch der einflussreiche CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik des Europäischen Parlaments und war Konventsmitglied. Als einer von zwei Parlamentsvertretern war er bereits an den Vorarbeiten der 1997 in Amsterdam und 2000 in Nizza ausgehandelten Verträge beteiligt. Auch der Regierungskonferenz, die den Konventsentwurf im Herbst 2003 überarbeitete, gehörte er als einer von zwei Berichterstattern des Europäischen Parlaments an.

¹⁶ Bereits die überraschende Ablehnung des Vertrags von Nizza in einer Volksabstimmung in Irland wird auf die besondere Sensibilität der irischen Bevölkerung im Hinblick auf drohende Souveränitätseinbußen zurückgeführt. Das Nein erinnerte daran, dass es sich bei Irland um den jüngsten Staat der Alt-EU handelt, der erst nach langen und blutigen Kämpfen in den zwanziger Jahren seine Unabhängigkeit errang.

US-Waffenhilfe für israelische Präventivschläge gegen den Iran?

von Jürgen Wagner

Schon im Vorfeld des Irak-Krieges hatten die neokonservativer Hardliner die weitere Marschroute des globalen US-Feldzugs festgelegt: „Feiglinge gehen nach Bagdad,“ war aus diesen Kreisen zu vernehmen, „echte Männer gehen nach Teheran.“¹ Nachdem ihre Propaganda maßgeblich dazu beitrug, dass die USA ohne jeglichen Grund weit über 10.000 Zivilisten im Zuge des Angriffskrieges gegen den Irak töteten, setzen sie nun alles daran, die US-Regierung zu einem härteren Vorgehen gegen den Iran zu drängen. Sie werfen dem Land die Unterstützung des internationalen Terrorismus, sowie die Verletzung der Menschenrechte vor, insbesondere aber, dass das Land versuche an Atomwaffen zu gelangen. Da dies unter allen Umständen verhindert werden soll, wird immer wieder die Möglichkeit diskutiert, iranische Nuklearanlagen mittels gezielter Präventivschläge außer Funktion zu setzen.

Nicht zuletzt aufgrund des totalen Desasters, das ihre Politik im Irak angerichtet hat, scheinen die Hardliner ungeachtet ihrer unverdrossenen Kriegstreiberei jüngst aber etwas an Einfluss zu verlieren. Selbst in den eigenen Reihen mehren sich die Stimmen, die einen Regimewechsel im Iran als undurchführbar erachten. So könnte es sogar für den Fall einer Wiederwahl Bushs schwierig werden, militärische Schritte gegen den Iran innenpolitisch durchzusetzen.

Genau in dieser Situation hat nun die US-Regierung beschlossen, Israel, das ebenfalls betont, notfalls militärisch gegen das iranische Atomprogramm vorzugehen, 500 BLU-109 Sprengköpfe, sogenannte Bunkerknacker, zu liefern. Diese ideal



für Präventivschläge geeigneten Waffen könnten laut israelischen Sicherheitsquellen „Israel als Bunkerknacker gegen den Iran und möglicherweise Syrien nützlich sein.“² Dies deutet darauf hin, dass es Washington vorziehen könnte, Israel bei der Umsetzung seiner Drohungen Waffenhilfe zu leisten, statt selbst militärisch einzugreifen.

Neokonservatives Säbelrasseln gegen Teheran

Von Seiten der Neokonservativen wird seit langem ein bewaffnetes Vorgehen der US-Regierung gefordert. Einer ihrer Wortführer ist Michael Leeden, der bereits in die Iran-Contra Affäre verstrickt war. Schon im April letzten Jahres hielt er eine Rede mit dem bezeichnenden Titel „Zeit sich auf den Iran zu konzentrieren.“ Dort nannte er das Land „die Mutter des Terrorismus“ und erklärte: „die Zeit der Diplomatie ist zu Ende; es ist Zeit den Iran zu befreien.“³ Was dies genau heißt, erläuterte er ebenfalls: „Wenn wir es mit dem Krieg gegen den Terror ernst meinen, muss das Regime in Teheran fallen.“⁴ William Kristol, Herausgeber des neokonservativen Zentralorgans *The Weekly Standard*, sieht die Vereinigten Staaten gar in einem „Kampf auf Leben und Tod“ mit Teheran und drängt die US-Regierung dazu, „den Kampf in den Iran zu tragen.“⁵ Auch Richard Perle, der ehemalige Vorsitzende des Pentagon-Beratungsgremiums *Defense Policy Board* will eine Verschärfung der US-Politik. In seinem jüngsten Buch fordert er nüchtern: „Das Regime muss gehen.“⁶ Um ihre Stimmungsmache besser koordinieren zu können haben die Hardliner die *Coalition for Democracy in Iran* gegründet. Mitglieder sind beispielsweise das ehemalige Mitglied der Reagan-Administration, Frank Gaffney, ex-CIA-Chef James Woolsey oder eben Michael Leeden.⁷

Dass es für deren Sichtweise auch innerhalb der Regierung Sympathien gibt ist bekannt: Noch im Juli vergangenen Jahres warnte US-Präsident George W. Bush den Iran davor Atomwaffen zu entwickeln und betonte zweideutig eindeutig, dass sich Washington als Reaktion

„alle Optionen offen hält.“⁸ John Bolton, Staatssekretär im US-Außenministerium, präzisiert: „Wir sind uns der Gefahr, die vom Iran ausgeht, bewusst und es gibt einen Konsens, dass diese Gefahr eliminiert werden muss.“⁹ Nach Angaben des britischen *Guardian* informierte die CIA bereits ausländische Geheimdienste über amerikanische Notfallpläne für Raketenangriffe auf iranische Nuklearanlagen.¹⁰

Der strategische Kontext

Das Interesse am Iran hat – wie sollte es anders sein – natürlich viel mit Washingtons Anspruch auf die Kontrolle der Ölvorkommen des Persischen Golfes zu tun. Nachdem die iranische Revolution 1979 den von den USA eingesetzten Schah stürzte, reagierte man umgehend und machte mit der Carter-Doktrin Anfang 1980 unmissverständlich klar, dass jeglicher Versuch die USA aus der Region zu verdrängen mit militärischer Gewalt beantwortet wird.

Die US-Strategen sorgen sich vor allem, dass eine der beiden großen Regionalmächte, Iran und Irak, Washingtons dominante Rolle in der Region effektiv in Frage stellen könnte. Die Schwächung dieser Länder war deshalb unter dem Namen „Dual Containment“ lange erklärtes Ziel Washingtons. Nachdem der Irak nun als regionaler Machtfaktor zumindest mittelfristig ausgeschaltet wurde, stellt der Iran den bei weitem größten Gefahrenfaktor für Washingtons Kontrollanspruch dar. Ungeachtet ihrer Rhetorik machen die Neokonservativen dabei deutlich, dass nicht die Sorge um Menschenrechte oder Demokratie hinter ihren aggressiven Plänen steht, sondern nackte Interessenpolitik. So betont Zalmay Khalilzad, einer der einflussreichsten Strategen der Bush-Administration: „Wenn im Iran Pragmatiker dominieren, wird er sich aller Wahrscheinlichkeit vom Terrorismus distanzieren, größeren Respekt für die Menschenrechte zeigen und vernünftige zwischenstaatliche Beziehungen mit anderen Ländern anstreben. Aber selbst solch ein Iran wird höchstwahrscheinlich fortfahren an Atomwaffen und Langstreckenraketen zu gelangen und regionale Vorherrschaft anzustreben.[...] Somit wird



Washington zumindest einige Elemente seiner gegenwärtigen Eindämmungspolitik beibehalten müssen, selbst wenn der Iran pragmatischer werden wird.“¹¹

Die Kriegstreiberfront bröckelt

Angesichts der Situation im Irak hält sich in Washington die Begeisterung für neue kriegerische Abenteuer selbst unter denjenigen die noch den Angriffskrieg auf Bagdad befürwortet hatten, in Grenzen. Militärische Schritte gegen Teheran wären, so die überwiegende Meinung, aufgrund der ohnehin schon prekären Lage im Irak geradezu halsbrecherisch.

Zu diesem Ergebnis kommt beispielsweise ein neuer Report des einflussreichen *Council on Foreign Relations*, der den Titel *Iran: Time for a New Approach* trägt und direkt mit den Positionen der Neokonservativen ins Gericht geht. Zusammengefasst wurde er von einer Task Force, deren Vorsitz kein geringerer als der Altmeister amerikanischer Geopolitik, Zbigniew Brzezinski, innehatte.

Wie schon im Vorfeld des Angriffskriegs gegen Bagdad argumentieren die Neokonservativen, der Iran warte nur darauf, dass amerikanischer Druck – zur Not auch militärisch – den Weg für eine demokratische Regierung ebne. Dieser Annahme erteilt der Report, wohl nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Erfahrungen im Irak, eine klare Absage. Stattdessen schlägt die Task Force eine gewisse Normalisierung der seit Jahrzehnten angespannten Beziehungen vor. Zwar müsse Teheran auch weiterhin in Fragen seines Atomprogramms, der Menschenrechte etc. unter Druck gesetzt werden, amerikanischen Wünschen nachzukommen, dies solle jedoch geschehen, „ohne auf eine Rhetorik des Regimewechsels zurückzugreifen, da dies nationalistische Empfindungen zur Verteidigung des gegenwärtigen Regimes selbst unter denjenigen hervorrufen würde, die es augenblicklich ablehnen.“¹²

Die Task Force plädiert deshalb für „eine Grundsatzerklärung [...] die Bedingungen für ein amerikanisch-iranisches Engagement sowie die übergeordneten Ziele des Dialoges begründet.“¹³ Langfristiges Ziel solle eine weitgehende Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen sein. Der Report, für den Richard Haass, bis vor kurzem noch Direktor für Politikplanung im US-Außenministerium, das Vorwort schrieb, steht somit in direktem Widerspruch zu dem neokonservativen Credo der „kreativen Zerstörung“ (Michael Ledeen), das auf gewaltsamen Regierungswechsel abzielt. Aufgrund dieses

innenpolitischen Widerstandes scheint Washington beschlossen zu haben, sich nach einem Erfüllungsgehilfen umzusehen.

Israel kommt ins Spiel

Dass Israel grundsätzlich bereit ist, Präventivschläge gegen Staaten in der Region durchzuführen die es verdächtigt an Atomwaffen gelangen zu wollen, hat es bereits 1981 mit der Zerstörung des irakischen Osirak-Reaktors unter Beweis gestellt. Israels Präsident Ariel Sharon hat auch bezüglich des Irans mehrfach unterstrichen, er sei gewillt, notfalls zu diesem Mittel zu greifen: „Wir sind uns der Bedrohung durch den Iran bewußt und es besteht Einigkeit, daß diese Bedrohung ausgeschaltet werden muß,“ sagte er im Bezug auf den iranischen Atomreaktor in Bushehr.¹⁴

Bereits Anfang September erschienen Berichte, „Israel bemühe sich um Bunkerknacker für einen möglichen Schlag gegen das iranische Atomprogramm, das es als strategische Bedrohung betrachtet.“¹⁵ Genau in diesem Kontext sind die jüngsten amerikanischen Waffenlieferungen äußerst besorgniserregend. Da Israel nur über eingeschränkte Mittel verfügt, verbunkerte Ziele, in denen sich reale oder vermutete Komponenten iranischer Nuklearanlagen befinden, zu zerstören, sollen die nun zugesagten BLU-109 Sprengköpfe dieses Defizit beheben. Offensichtlich bemüht sich Washington darum, Israel die Mittel für einen Präventivschlag in die Hand zu geben.

Der Iran hat allen Grund an Atomwaffen gelangen zu wollen

Der inzwischen vollständig von amerikanischen Truppen umzingelte Iran hat angesichts der aggressiven Rhetorik Washingtons, nicht zuletzt auch durch die Aufnahme in die „Achse des Bösen“, allen Grund sich mittels eines eigenen Abschreckungspotenzials vor einer amerikanischen Aggression schützen zu wollen.

Genau dieser Versuch ist es aber, der mit dem amerikanischen Kontrollanspruch am Golf kollidiert. Während die USA für sich das Recht in Anspruch nehmen, jederzeit militärisch die Dinge in der Region im eigenen Sinne zurechtzurücken, würde diesem Bestreben durch iranische Atomwaffen wohl sehr schnell ein Ende gesetzt. Die einzige Möglichkeit, Teheran langfristig von seinem Atomprogramm abzubringen, wäre deshalb eine glaubhafte Nicht-Angriffsgarantie der USA. Genau hier aber beißt sich die Katze in den Schwanz, da dies wiederum mit Was-

ingtons Interventionsanspruch nicht zu vereinbaren ist. Zusätzlich muss auch das Problem der mindestens 200 israelischen Atomwaffen endlich thematisiert werden. Eine Aufgabe seines Atomprogramms wird deshalb für den Iran wohl nur auf der Basis einer dualen Lösung in Frage kommen: Eine amerikanischer Nicht-Angriffsgarantie verbunden mit der Aufnahme von ernsthaften Gesprächen über einen atomwaffenfreien Mittleren Osten. Da weder die USA noch Israel hierzu bereit sind, scheint ein militärisches Vorgehen gegen das iranische Atomprogramm tatsächlich ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden, obwohl dies sicher zu weiteren schweren Konflikten in der ohnehin schon instabilen Region führen würde – kreative Zerstörung eben.

Anmerkungen

¹ Dyer, Gwynne: Shi'ite headache for the Americans, *Straits Times*, 31.03.03.

² U.S. to sell ‚bunker busters‘ to Osrael, *International Herald Tribune*, 22.09.04.

³ Beeman, William O.: Who is Michael Ledeen?, *Pacific News Wire Service*, 08.05.03.

⁴ Fox, Robert: Special forces ‘prepare for Iran attack’, *Evening Standard*, 17.06.03.

⁵ Lobe, Jim: From Bagdad to Tehran? *Progressive Response*, 12.05.03.

⁶ Perle Richard/Frum, David: *An End to Evil: How to End the War on Terror*, New York 2003.

⁷ Coalition for Democracy in Iran, URL: <http://www.c-d-i.org/index.shtml>

⁸ Steele, Jonathan: Don't be fooled, *The Guardian*, 03.10.03.

⁹ Norton-Taylor, Richard: US hawk warns Iran threat must be eliminated, *The Guardian*, 10.10.03.

¹⁰ Steele aaO.

¹¹ Khalilzad, Zalmay/Ochmanek, David/Shapiro, Jeremy: Forces For What? Geopolitical Context and Air Force Capabilities, in: Khalilzad, Zalmay/Shapiro, Jeremy, eds.: *Strategic Appraisal: United States Air and Space Power in the 21st Century*, Santa Monica o.j., S. 25.

¹² *Iran: Time for a New Approach*, Report of an Independent Task Force Sponsored by the Council on Foreign Relations, Mnew York 2004, S. 4.

¹³ Ebd., S. 5.

¹⁴ Neue Kriegsdrohungen, 11.10.2003, URL: <http://www.freace.de/artikel/okt2003/bolton111003.html>

¹⁵ *Herald Tribune*, 22.09.04.

Der „Deutsche Weg“ und die Kriegswaffenindustrie

von Arno Neuber

„Staaten wie Unternehmen sind auf der Suche nach Macht und Einfluss und versuchen, sich gegenseitig in ihrem ureigenen Interesse zu dominieren. Die Zielsetzung eines Staates ist die Verfolgung der eigenen Interessen, auch, indem versucht wird, direkt Einfluss zu nehmen auf die Politik eines anderen Landes, oder indirekt, die eigene Wirtschaftskraft auf Kosten anderer Staaten zu stärken (...) Die Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen der Erde unter dem Begriff 'Weltmacht Rohstoffe' - vor allem Erdöl und andere strategische Rohstoffe - ist dabei ein entscheidender Punkt.“ Die beiden Autoren Jürgen Zeiger und Bernd Oliver Bühler lassen in ihrem Beitrag für die „Zeitschrift für Innere Führung“ der Bundeswehr (Information für die Truppe, Nr. 1/2004) nichts an Deutlichkeit vermissen.

„Betrachten wir die Weltwirtschaft“, zitieren sie zustimmend Francois Mitterand, „so sieht man ein Schlachtfeld vor sich, auf dem sich die Unternehmen einen gnadenlosen Krieg liefern. Gefangene werden nicht gemacht. Wer fällt, stirbt.“ Für die Kriegswaffenindustrie gilt dieser machtpolitische Imperativ natürlich in besonderer Weise. Sie gilt den Vertretern der herrschenden Politik als „zweites Standbein“ der Militärpolitik neben der eigentlichen Armee.

So wird in Strucks Verteidigungspolitischen Richtlinien Wert auf „eine leistungs- und wettbewerbsfähige industrielle Basis in technologischen Kernbereichen“ gelegt. Dabei gilt im Kabinett und bei den Kapitalvertretern die gleiche Reihenfolge: Zunächst Deutschland, dann Europa. So kümmert sich die Schröder-Fischer-Regierung rührig darum, dass deutsche Kriegswaffenproduzenten bei europäischen Zusammenschlüssen in Führungspositionen sitzen.

Bereits im Koalitionspapier von SPD und Bündnisgrünen aus dem Jahr 1998 wurde die Förderung der Luft- und Raumfahrtindustrie als Ziel „deutscher Friedenspolitik“ ausgegeben. Im Herbst 2000 trafen sich Schröder und sein „Verteidigungs“minister mit den Spit-

zen der Heeres- und Marineindustrie im Kanzleramt, um einen Zusammenschluss der deutschen Kriegswaffenindustrie zu Monopollieferanten zu erreichen. „Ein Kanzler für die Panzer“, titelte aus diesem Anlass der „Tagesspiegel“ am 29.10.2000. Staatssekretär Walther Stützel brachte die Ziele sozialdemokratischer Rüstungspolitik anschließend griffig auf den Punkt: „Kernziel ist es, Marine- und Heeresindustrie fit zu machen für einen europäischen Zusammenschluss und für eine Spitzenstellung in diesem Zusammenschluss“ (Tagesspiegel 29.10.00).

Vorbild EADS

Als Blaupause soll dabei der Luft- und Raumfahrtgigant EADS dienen. Dort ist man auf bestem Wege, zwei strategische Zielvorgaben gleichzeitig zu erreichen: Erstens dominierenden deutschen Einfluss innerhalb des Konzerns zu sichern und die US-Konkurrenz von der Pole Position zu verdrängen.

Die EADS ist einer der Hauptprofiteure der EU-Militarisierung. „Die Branchenstimmung hellt sich deutlich auf“, schrieb

das Fachblatt „FlugRevue“ anlässlich der Internationalen Luftfahrtausstellung im Juni in Berlin. Dort hatten sich der Bundeskanzler und die Minister Struck, Schily, Buhlman, Stolpe und Clement als Werbepromis für Waffen „Made in Germany“ ein Stelldichein gegeben.

Der Auftragsbestand der EADS im Militärbereich hatte sich im vergangenen Jahr bereits auf 61,2 Mrd Euro verdoppelt (Ende 2002: 31,0 Mrd). Bis 2005 soll der Umsatz im Rüstungsbereich um über 50% wachsen und rund 30% des Gesamtumsatzes ausmachen. Mit dem Auftrag für den Militärtransporter Airbus A400M im Wert von offiziellen 19,7 Mrd Euro hat die EADS den größten Auftrag ihrer Geschichte an Land gezogen. EADS-Boss Camus: „Wir streben die weltweite Führungsposition an.“ Das heißt: Boeing übertrumpfen, in den US-Rüstungsmarkt einbrechen (nachdem man im Zivilgeschäft bereits der größte Hubschrauberlieferant ist und Airbus mit Boeing bei Verkehrsflugzeugen gleich gezogen hat) und strategische Positionen in Russland, Japan, China, Südkorea und Indien erobern.

Bislang ist es allerdings nicht gelungen, die Briten unter die deutsch-französische Knute zu zwingen. Dort ist durch weitgehende Konzentration des Rüstungssektors unter dem Dach der British Aerospace (BAE) Systems ein zweiter Pol in der EU-Rüstungsindustrie entstanden, der vor allem von den britischen Sonderbeziehungen zu Washington profitiert. Mit

Hartz IV: Bundesagentur vermittelt jetzt Arbeitslose als Sicherheitskräfte in den Irak

Deutschland gerät immer weiter in den Sumpf des Irak-Krieges. Jetzt vermittelt die Bundesagentur für Arbeit zur Flughafenüberwachung in Mosul (Nordirak) „geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte“ für „Patrouillendienste, Personenkontrolle, Objektbewachung“. In Anzeigen der „Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ wird im Anforderungsprofil „Englisch zur Verständigung am Arbeitsplatz, Waffenkunde erwünscht. Nur Bewerber bis 45 Jahre körperlich fit“ genannt. Es scheint als ob die Bundesregierung jetzt alles daran setzt, dass Deutschland sich immer stärker am Irak-Krieg beteiligt. Hatte Schröder immer erklärt, keine Bundeswehrsoldaten in den Irak entsenden zu wollen, fördert jetzt offensichtlich die „Bundesagentur für Arbeit“ die „Privatisierung“ der deutschen Irak-

Kriegsbeteiligung“. Damit übernimmt Deutschland wieder einmal - nach der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte - eine Vorreiterrolle bei den EU-Mitgliedstaaten, die sich früher nicht direkt am Irak-Krieg beteiligt hatten: Angesichts der Debatte um Hartz IV, mit dem gewollten Zwang jede Arbeit anzunehmen, wirkt dieses Engagement der Bundesagentur doppelt zynisch. Was passiert eigentlich, wenn es Tote gibt? Die Bundesregierung scheint alles tun zu wollen, um die Arbeitslosen loszuwerden. Die Inserate verheißen denn auch ein „überdurchschnittliches Gehalt ... und Lebensversicherung“. Nähere Auskünfte können bei Frau Nikolay von der „Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ eingeholt werden (Tel: 0049 228 713 1075).

Tobias Pflüger

einem Auftragsvolumen von 69 Mrd Euro ist BAE der größte ausländische Lieferant der US-Army. Beteiligt ist man auch am Joint Strike Fighter, dem teuersten Rüstungsprojekt der Welt (70 Mrd Dollar). BAE Systems versucht seit längerem, einen transatlantischen Superkonzern unter eigener Führung aufzubauen. Nach dem Scheitern von Fusionsgesprächen mit Boeing und dann mit Lockheed-Martin wurde im Frühjahr 2004 über einen Zusammenschluss mit General Dynamics spekuliert.

Der führende Panzerbauer der USA hatte zu diesem Zeitpunkt die Übernahme des britischen Konkurrenten Alvis angekündigt. General Dynamics wäre damit zum führenden Lieferanten für Kampfpanzer und Militärfahrzeuge in Europa aufgestiegen. Bereits im März 2001 war man bei der spanischen Santa Barbara eingestiegen,

einmal leer ausgehen und BAE seine Position für eine Übernahme des US-amerikanischen Panzerkonzerns gestärkt haben. In Deutschland wurde - unter tatkräftiger Hilfestellung aus Bonn und Berlin - die Panzerindustrie in den letzten Jahren bei Krauss-Maffei Wegmann (Kampfpanzer) und Rheinmetall (Transportpanzer, Schützenpanzer) konzentriert. Der Panzerbau gilt als strategischer Kernbereich der deutschen Kriegswaffenindustrie. Mit Rheinmetall wurde ein deutscher Rüstungskonzern von europäischen Dimensionen zusammengeschoben. Problematisch aus Berliner Sicht sind die Eigentumsverhältnisse bei Krauss-Maffei Wegmann. Siemens möchte nämlich seinen 49%-Anteil verkaufen.

Im vergangenen Dezember hatte die rosa-olivgrüne Koalition in Berlin eigens das Außenwirtschaftsgesetz geändert, um

Genau darüber kam es jüngst zum Krach beim deutsch-französischen Führungsduo wegen unterschiedlicher Interessen bei der Konstruktion einer „Marine-EADS“. 2002 verkaufte die Deutsche Babcock AG die Kieler Marine-Werft HDW an den US-Pensionsfonds One Equity Partners (OEP), der sie ein Jahr später mit Gewinn weiter verkaufen wollte. Interesse zeigten der französische Rüstungskonzern Thales und die Staatswerft Direction des Constructions Navales (DCN). Gegen eine französische Übernahme machte sich die sonst so frankophile Bundesregierung stark, die zunächst einen nationalen Zusammenschluss haben wollte, der bei einer künftigen „Marine-EADS“ nicht im Beiboot, sondern auf der Kommandobrücke sitzen soll. Das Gerangel um HDW beschäftigte monatelang die Wirtschafts- und „Verteidigungs“-ministerien in Paris und Berlin, Kanzler Schröder und Staatspräsident Chirac griffen persönlich in die Auseinandersetzungen ein. Die Bundesregierung stellte sogar staatliche Bürgschaften in Aussicht, um eine deutsche Mehrheit an der Werft zu sichern.

Im vergangenen Dezember hatte die rosa-olivgrüne Koalition in Berlin eigens das Gesetz geändert, um den Verkauf deutscher Rüstungskonzerne ins Ausland unter Genehmigungsvorbehalt der Regierung zu stellen.

Im Frühsommer 2004 schließlich unterzeichneten ThyssenKrupp und OEP eine Absichtserklärung, wonach die bisherigen ThyssenKrupp-Werften Blohm+Voss (Hamburg) und die Nordseewerke (Emden) sowie die Kockums Werft (Schweden) und die griechische Hellenic Shipyards mit der HDW in einem Verbund unter Führung von ThyssenKrupp zusammengeführt werden sollen. OEP soll dazu seine 100% der Anteile an HDW gegen 25% beim neuen europäischen Werftenriesen tauschen.

Das nächste Gerangel kündigt sich bereits im Bereich der Motoren- und Triebwerksindustrie an: Zum Jahreswechsel hat DaimlerChrysler die MTU Aero Engines für angeblich 1,5 Mrd Euro an den US-Investor Kohlberg Kravis Roberts Co. (KKR) verkauft. Bei MTU verspricht man sich durch einen US-Besitzer bessere Chancen beim Zugang zum US-Markt. Der Name Daimler löst dort noch immer Erinnerungen an Faschismus und Holo-



die den deutschen Kampfpanzer Leopard 2 in Lizenz baut. Eine Kriegserklärung für die Berliner Regierung. Dort fürchtet man den Abfluss deutschen Know-hows und das Eindringen der US-Konkurrenz in den europäischen Panzermarkt, nachdem General Dynamics auch bei Steyr (Österreich) und Mowag (Schweiz) erfolgreich auf Beutezug war.

Offensichtlich denkt man in London aber an eine eigene Führungsposition in Europa, nicht an eine Statistenrolle für die US-Rüstungsindustrie. In einem Überraschungscoup wenige Stunden vor Ablauf der Bieterfrist legte BAE Systems ein höheres Angebot für Alvis auf den Tisch. General Dynamics dürfte damit erst

den Verkauf deutscher Rüstungskonzerne ins Ausland unter Genehmigungsvorbehalt der Regierung zu stellen. Inzwischen hat man sich mit der Industrie darauf verständigt, nur im Ausnahmefall davon Gebrauch zu machen. Der könnte bei KMW gegeben sein. Die SPD-Wehrexperten Arnold, Bartels und Merten haben jedenfalls klar gemacht, dass die Zeiten, in denen Rüstungsproduktion mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen gerechtfertigt wurde, vorbei sind. Es geht jetzt um „höhere“, um nationale Ziele. Es geht darum, mit einer eigenen Kriegswaffenindustrie „Einfluss auf die Sicherheitspolitik in Europa und in der Welt nehmen zu können“.

caust aus. Der US-Investor will MTU als Ganzes erhalten und später gewinnbringend an die Börse bringen.

Bei der Bundesregierung laufen bereits alle Drähte heiß. Deutscher Einfluss soll unbedingt gesichert werden, schließlich ist die MTU der Lieferant für sämtliche Triebwerke der deutschen Luftwaffe. Als mögliche Partner für einen europäischen Triebwerkskonzern gelten derzeit Volvo (Schweden) und die spanische ITP. Auch in Frankreich begibt man sich in Startposition für einen erneuten Machtkampf. Der französische Staatskonzern SNECMA soll noch in diesem Jahr an die Börse gebracht werden und danach für europäische Zusammenschlüsse bereit stehen. Der Einsatz verspricht reiche Beute. Nach 20jähriger Aufholjagd gegen die US-Konkurrenz und dem Einsatz von Unsummen von Steuergeldern hat die europäische Triebwerksindustrie inzwischen einen Weltmarktanteil von 50% erobert.

Die europäische Rüstungsagentur

Einen besonderen Schub für die deutschen Kriegswaffenproduzenten versprechen sich Bundesregierung und Kriegswaffenindustrie von der im EU-Verfassungsentwurf (Artikel I-40, Abs 3 des Textes vom 25.06.04) verankerten „Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten.“ Obwohl der Verfassungsentwurf beim EU-Gipfel im Dezember 2003 zunächst wegen machtpolitischer Streitigkeiten auf Eis gelegt werden musste, trafen sich schon Anfang des Jahres 2004 zwölf Experten, das sogenannte Agency Establishment Team, in Brüssel, um die (im damaligen Verfassungsentwurf noch „Amt“ genannte) Rüstungsagentur auf den Weg zu bringen. Vier Monate später gab es einen Aufbauplan, der beim EU-Gipfel am 17. Juni des Jahres in Brüssel gebilligt wurde. Danach soll die Behörde (jetzt EDA - European Defence Agency - genannt) im nächsten Jahr rund 80 Mitarbeiter und ein Budget von 25 Millionen Euro haben.

Im Interview mit der Zeitschrift des Reservistenverbandes der Bundeswehr (loyal Nr. 6/2004) zeigte sich EADS-Chef Rainer Hertrich allerdings unzufrieden mit dem Konzept. Er will mehr Macht für die Agentur. „Vorerst scheint es in der Konzeption mehr darum zu gehen, Ratgeber zu sein. Eine Art strategisches Institut ohne jegliche Kompetenzen, nur mit einem minimalen Budget ausgerüstet (...) Das ist etwas, was aus meiner Sicht wahrhaft keinen Sinn macht. So wäre das Klassenziel eindeutig verfehlt.“ Wie das Klassenziel lautet, erklärten die Bosse

der europäischen Rüstungsriesen EADS, BAE Systems und Thales am 15. Juni des Jahres dem Publikum in einer ganzseitigen Anzeige in den großen deutschen Tageszeitungen. Unter dem Titel „Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen - nutzen wir die Chance!“ forderten sie, die Arbeit der Rüstungsagentur auf vier Punkte zu konzentrieren und sie mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen auszurüsten.

Ersten soll die Agentur für eine schnellere Aufrüstung der EU-Interventionstruppen sorgen. Zweitens sollen mehr staatliche Forschungsgelder für die Kriegswaffenindustrie her. Dazu soll eine „strategische europäische Forschungsagenda“ erarbeitet werden. Drittens soll über einen europäischen Rüstungsmarkt den großen Konzernen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien der Zugriff auf die Militärhaushalte aller EU-Mitgliedsländer gebnet werden. Wie weitgehend die Rüstungsbosse dabei die Kompetenzen der Agentur auslegen, zeigt die Formulierung in ihrem Aufruf: „Die Agentur wird daher die Mitgliedstaaten dazu **anhalten** müssen, gemeinsame Lösungen auch bei unterschiedlichen Anforderungen zu finden.“

Der vierte Punkt ist eine Kampfansage an die USA und ihre Rüstungsindustrie und eine Aufforderung zum „sorgsamem Umgang mit der industriellen Basis in Europa“ mit dem dezenten Hinweis auf das gigantische Beschaffungsbudget im US-Rüstungshaushalt.

BDI-Präsident Rogowski ist sich sicher: In den Kernbereichen wird die deutsche Kriegswaffenindustrie durch die Agentur

„mit größeren Auftragsgrößen rechnen können. Deshalb bin ich sehr dafür, dass es zu einer europäischen Kooperation kommt.“ (Deutsche Welle, 18.12.03) Es verwundert daher nicht, dass die Initiative zu einer EU-Rüstungsagentur 1993 von Deutschland und Frankreich ausging. 1997 wurde eine gemeinsame Organisation (OCCAR) mit Sitz in Bonn gegründet, der sich auch Großbritannien und Italien anschlossen. In diesen vier Ländern haben übrigens 16 der 50 größten Waffenkonzerne der Welt ihren Sitz. Über die OCCAR werden derzeit beispielsweise die Beschaffung des Militärtransporters A400M, des Kampfhubschraubers Tiger und des Schützenpanzers Boxer gemanagt. OCCAR soll künftig in der EU-Rüstungsagentur aufgehen. Die Bundesregierung hat bei der Besetzung des Chefpostens der Rüstungsagentur zwar einem Briten den Vortritt gelassen, aber sich mit Hilmar Linnenkamp den Stellvertreterposten gesichert.

Und dann gibt es ja auch noch den „Superkommissar“, Günter Verheugen. Mit ihm ist es der Schröder-Fischer-Truppe gelungen, ihren Kandidaten in das „zentrale herausgehobene Amt“ eines EU-Kommissars für Wirtschaftsfragen zu hieven. Günter Verheugen wird künftig nicht nur darauf achten, dass die Wirtschaftsinteressen der EU-Führungsmächte und ihrer Konzerne in der erweiterten Union durchgesetzt werden, er wird auch die Zuständigkeit für Rüstungsforschung und die europäische Raumfahrt haben, deren Militarisierung von Berlin kräftig vorangetrieben wird.

NATO im Irak jetzt Kriegspartei

Mit der Entscheidung rund 300 Offiziere in den Irak zur Ausbildung von Sicherheitskräften zu schicken, werden die NATO und damit, bis auf die neutralen Staaten (Irland, Österreich, Finnland und Schweden), nahezu alle EU-Staaten zur Kriegspartei im Irak. Das vom deutschen Bundeskanzler gegebene Versprechen keine deutschen Soldaten in den Irak schicken zu wollen, wird damit mit hoher Wahrscheinlichkeit gebrochen werden. Eins steht jedenfalls fest: Ohne deutsche Zustimmung hätte die NATO keine Soldaten in den Irak entsenden können. Diese offensichtliche Ausweitung der deutschen Beteiligung am Irakkrieg muss endlich gestoppt werden. Leider wird auch die EU hier nicht gegensteuern, im Gegenteil: Die Euro-

päische Union geht auf dem Balkan Hand in Hand mit der NATO vor. Auch beim EU-Militäreinsatz „ALTHEA“ in Bosnien, dem größten, mit über 7000 Soldaten, bisher überhaupt, wird die EU auf NATO-Kapazitäten zurückgreifen. Um ein NATO-Hauptquartier zu einem EU-Hauptquartier umzuwidmen, wird lediglich die EU-Fahne herausgehängt. So zumindest wurde es den verblüfften Mitgliedern im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung jüngst vom stellvertretenden Oberkommandierenden der NATO, dem deutschen Admiral Rainer Feist, geschildert. Dies wirft ein Schlaglicht auf den Stand der verhängnisvollen Militarisierung der EU-Außenpolitik.

Tobias Pflüger

Fit für Kriege der Neuzeit

von Tobias Pflüger und Harald Neuber

Weitgehend unbeachtet wollte die Bundeswehr ihre Telekommunikation aufrüsten. Erst das Scheitern des Vorhabens warf ein Schlaglicht auf das Projekt Herkules. Schon die Ankündigung ließ nichts Gutes erwarten: Ziel des Projektes Herkules sei es, so Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), die Effizienz der Streitkräfte immens zu steigern. Tatsächlich handelt es sich bei dem seit Jahren geplanten Projekt um das größte Privatisierungsvorhaben in der Geschichte der Bundeswehr: Die gesamten Daten- und Kommunikationsnetzwerke der bundesdeutschen Armee sollen einander angeglichen werden. Mit dem informationstechnologischen Modernisierungsprogramm werde die Bundeswehr endlich an den NATO-Erfordernissen ausgerichtet, schwärmt auch der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes, Bernhard Gertz.

Vorerst aber ist das Projekt auf Eis gelegt, nachdem die Verhandlungen zwischen dem Verteidigungsministerium und dem privaten Konsortium ISIC21 nach fast zwei Jahren Vorbereitung Anfang Juli gescheitert waren. Die Gruppe aus dem Rüstungskonzern European Aeronautic Defence and Space Company (EADS), dem Telekommunikationsunternehmen Mobilcom und der Beraterfirma CSC Ploenzke bestand neben dem ausgeschriebenen Milliardenbetrag auf einen Zuschlag von 500 Millionen Euro zuviel für die Bundesregierung. Als Grund führte EADS vergaberechtliche Restriktionen des Verteidigungsministeriums an. Nun soll es das bei der Auftragsvergabe im Jahr 2002 unterlegene TIS-Konsortium aus Telekom (T-Systems), IBM und dem Siemens Business-Service richten.

Immerhin 6,65 Milliarden Euro will sich die Bundesregierung die nachrichtentechnische Modernisierung der Armee weiterhin kosten lassen. Wie das Onlinemagazin Telepolis berichtete, sollen im Laufe von zehn Jahren 300 000 Telefone und 140 000 Computerarbeitsplätze auf einer gemeinsamen Systembasis eingerichtet werden. Immerhin arbeiten die gut 450 000 Bundeswehrmitarbeiter an über 600 Standorten bislang mit mehreren hundert Insel- und Extralösungen im Soft- und Hardwarebereich. Nach bisherigen Plänen soll nach einer mehrmonatigen Bestands-

aufnahme - im Fall des ISIC21-Konsortiums hatte die fast ein Jahr gedauert - eine teilprivate IT-Gesellschaft gegründet werden, an der die Privatunternehmen 50,1 Prozent und der Bund 49,9 Prozent halten.

Politisch betrachtet ist das größte Modernisierungs- und Privatisierungsprojekt im Kontext des NATO-Ausbaus einzuordnen. Die unterschiedlichen Systeme hätten im transatlantischen Bündnis, so wird zur Erklärung des Projektes gesagt, bislang immer wieder zu Komplikationen geführt. Im „Rahmen der Ausrichtung auf die neuen Aufgaben der NATO-Armeen“ sei daher eine Angleichung nötig. Daß die nun an Geldfragen gescheitert ist, könnte unvorhergesehene Folgen haben. Wohin der Finanzstreit um die Bundeswehr führen kann, ließ sich schon in einer Bundestagsdebatte am 11. März erkennen. In der Diskussion hatten Unionspolitiker eben aus Finanzgründen den Einsatz der Truppe im Inneren gefordert. „Angesichts der sehr engen öffentlichen Haushalte und daß wir alle ja der Ansicht sind, daß zwischen innerer und äußerer Sicherheit keine klare Trennschärfe mehr besteht, halte ich es für geradezu absurd, für den Bereich der inneren Sicherheit parallele Strukturen aufzubauen, nur weil man an dem alten Dogma festhalten will, daß sich die Bundeswehr unter Berücksichtigung unserer Verfassungsordnung nicht auf die neuen Herausforderungen im Innern einstellen darf“, sagte der CDU-Abgeordneter Eckart von Klæden.

Welche militärische Bedeutung das Projekt Herkules hat, deutete Verteidigungsminister Peter Struck in einem Interview vom 29. Februar im Berliner Tagesspiegel an. Unter der Überschrift „Was geht uns Afrika an?“ beanspruchte Struck eine besondere Verantwortung Deutschlands für Afrika und kündigte zukünftige Militäreinsätze auf dem schwarzen Kontinent an. Auf die Frage, wann „Europa einen Kampfeinsatz wie im Kosovo ohne die USA ausführen“ könne, ging Struck in die verbale Offensive: „Von der Ausbildung und Ausrüstung der Soldaten her könnten wir das jetzt schon - allerdings mit logistischer Unterstützung der NATO“, sagte der SPD-Mann. Zur Zeit habe die Bundeswehr unter anderem jedoch „Defizite

in modernen Kommunikationstechniken“. Aus diesem Grund sei das Herkules-Projekt auf den Weg gebracht worden.

Über die Ziele äußerte sich Oberstleutnant Thomas Lenschen, Referent für IT-Strategie/Konzeption für die Bundeswehr. In einem Artikel der Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“ prognostiziert Lenschen: „Die mobilen Kommunikationssysteme in Verbindung mit den stationären und Liegenschaftsnetzen des Projektes Herkules bilden zukünftig das horizontal und vertikal vernetzte Kommunikationssystem der Bundeswehr, das in Verbindung mit den Netzen der Alliierten die interoperable Kommunikation vor allem im Einsatzgebiet deutscher Streitkräfte ermöglicht.“ Daß solch offensives Denken mit der Grundlinie der gesamten Bundeswehrführung übereinstimmt, macht Vizeadmiral Lutz Feld als Inspekteur der Deutschen Marine in der Zeitschrift „Soldat und Technik“ deutlich: „Wir müssen sowohl in nationalem als auch in internationalem Rahmen zur vernetzten Operationsführung in der Lage sein.“

Am besten aber brachte die Journalistin Sonja Banze die Ausrichtung der Bundeswehr auf Krieg in der militärnahen Springerzeitung „Die Welt“ im Jahr 2002 zum Ausdruck. Die Ansprüche an die Bewerber für das Herkules-Projekt seien hoch, so Banze, denn das Projekt berühre einen neuralgischen Punkt des neuen Sicherheitsbedürfnis des Staates. Die Nachricht „Hiermit erklären wir Ihnen den Krieg“ würde der deutsche Verteidigungsminister fortan über private Rechner und Leitungen schicken. Das Herkules-Projekt berühre aber auch die Satelliten-Bodenstationen, „im schlimmsten Fall die einzige Verbindung der Generäle zu ihren Truppen im Ausland und ihren NATO-Partnern“. Die Ausrichtung der gesamten Informationstechnik der Bundeswehr auf Kriegsführung wird inzwischen also bereits offen zugegeben.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154